Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ✦ Freitag, 17. März 1989 ✦ Nr.54 (5 932) ✦ Preis 3 Kopeken

Über die Agrarpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen

Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. GORBATSCHOW auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 15. März 1989

Genossen!

Mit diesem Plenum des ZK werden in unserer Gesellschaft große Hoffnungen verbunden. Das Plenum muß solch eine Agrarpolitik ausarbeiten und dem Volke unterbreiten, deren Realisierung zur Wiedergeburt des Bauern als eines Herren auf dem Boden und zur sicheren Lösung des Lebensmittelproblems beitragen wird. Eine weitere Verzögerung in dieser Sache ist einfach unzulässig. Diese Fragestellung wird durch die reale im Lande entstandene Situation, und durch die allgemeinen Aufgaben der Umgestaltung diktiert.

Wir brauchen eine Agrarpolitik, die radikale Wandlungen in der Entwicklung des Dorfes — politische, ökonomische, soziale und kulturelle, die Lösung der sich in einem der wichtigsten Lebensbereiche unserer Gesellschaft angehäuften Probleme in kürzester Frist absichern, was der Initiative der Werktätigen der Landwirtschaft weitgehende Möglichkeiten eröffnen wird.

I.

Wenn wir über die Agrarpolitik sprechen, dann haben wir die Gesamtheit von Ideen, Zielen, Mitteln und Methoden der Formung und Regelung der Beziehungen zwischen Stadt und Dorf sowie im Dorfe selbst und das Wichtigste — die vorrangige Lösung des Lebensmittelproblems — im Auge.

Zugleich aber sind die Veränderungen in der Agrarpolitik untrennbar von der politischen und der ökonomischen Reform, die gegenwärtig durchgeführt werden und in deren Mittelpunkt die Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse des Menschen, die Entfaltung seiner sozialen und Arbeitsaktivität stehen. Außerhalb der revolutionären Erneuerung des Lebens unserer Gesellschaft, der Demokratisierung und der neuen Ideologie der Wirtschaftsführung ist die Schaffung eines hocheffektiven Agrarsektors unserer Ökonomik unmöglich. Ebenso sind die kardinalen Veränderungen auf dem Lande eine unabdingbare Voraussetzung für den ökonomischen und sozialen Fortschritt des Landes.

Mit anderen Worten, die moderne Agrarpolitik — das ist keinesfalls etwas Spezifisches, Ressort- oder Zweigbezogenes. Nein, heute ist das die führende Richtung unserem gesamten politischen Kurs, ein organischer Bestandteil der revolutionären Umgestaltung.

Und letzten Endes ist die Ausarbeitung einer modernen Agrarpolitik unabtrennbar von der Formung neuer Vorstellungen vom Sozialismus im allgemeinen sowie von seinen sozialökonomischen Perspektiven.

Bekanntlich hat die Vorbereitung auf das Plenum vor langer Zeit begonnen. Die Agrarprobleme werden in der Partei, in wissenschaftlichen Kreisen und unter den Spezialisten weitgehend und allseitig diskutiert. Jawohl, diese lebenswichtigen Fragen werden vom ganzen Lande erörtert, Genossen.

Das Politbüro verfolgte nicht nur aufmerksam diese uns allen so notwendige Diskussion, sondern förderte sie auch allseitig und war bestrebt, eine Atmosphäre des schöpferischen und sachlichen Herangehens an das Problem zu schaffen, um möglichst tief in das Wesen der zu lösenden komplizierten Probleme einzudringen. Es wurde ein umfangreiches Material analysiert, das verschiedene, zuweilen entgegengesetzte Meinungen, Vorschläge und Standpunkte vereint.

Ich glaube, es wäre richtig zu sagen, daß der Bericht auf diesem Plenum sowie die Entwürfe der entsprechenden Dokumente, über die Sie verfügen, das eigentliche Fazit der allgemeinen Aussprache in der Partei und im Volke ist.

Auf diesem Plenum des ZK rechnen wir mit einer tiefschürfenden und konstruktiven Erörterung der theoretischen, politischen und praktischen Fragen, um eine langfristige, wissenschaftlich begründete Agrarpolitik auszuarbeiten, die den ständig wachsenden Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung tragen wird.

Wir haben noch alle im Gedächtnis, mit welcher Besorgnis die Delegierten der XIX. Unionsparteikonferenz über den Stand der Lebensmittelversorgung im Lande sprachen. Damals bezeichneten wir dieses Problem als die größte wunde Stelle im Leben der Gesellschaft. Große Besorgtheit kam diesbezüglich auch auf den jüngsten Berichts- und Wahlversammlungen und -konferenzen der Partei zum Ausdruck. Diese Fragen werden von den Werktätigen auch heute, während der Wahlkampagne, ernst aufgeworfen.

Die Wirklichkeit ist so, daß es uns an landwirtschaftlicher Produktion mangelt. Der Staat ist gezwungen, im Ausland große Mengen von Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse, Zucker, Pflanzenöl und einigen anderen Lebensmitteln aufzukaufen. Nach wie vor bleiben wir in der Arbeitsproduktivität, in der Ergiebigkeit der Felder und Leistung der Tiere sowie in der Vielfalt und Qualität der Nahrungsmittel hinter den entwickelten Ländern — großen wie kleinen — zurück. Der Abstand verringert sich nicht, sondern wächst.

Das Defizit an Lebensmitteln verursacht die soziale Spannung und beschwört nicht einfach Klagen, sondern schon die Unzufriedenheit der Menschen herauf. Diese Sachlage mit der Lebensmittelversorgung besteht seit vielen Jahren.

Man darf nicht annehmen, daß wir diese Fragen früher nicht sahen und uns damit nicht auseinandersetzten. Ich würde sogar sagen, es gibt in der Volkswirtschaft kein einziges Problem, mit dem sich das Zentralkomitee und die Regierung mehr beschäftigt hätten als mit dem Agrarproblem.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Agrarsektor viele Ressourcen zugewiesen bekommen — Kapitalinvestitionen, Technik sowie Mineraldünger. Es wurde ein breitangelegtes Programm der Bodenmelioration verwirklicht. Jedoch der Effekt, mit dem wir rechneten, der Produktionszuwachs, der nach diesen Maßnahmen eintreten sollte, blieb aus.

Wir haben es bis jetzt nicht vermocht, das Lebensmittelproblem kardinal zu lösen. Und das in einem Land mit solch riesigen Möglichkeiten!

Äußerst unbefriedigend ist es bei uns um die Erhaltung und rationale Nutzung des Bodenfonds — unseres wichtigsten Nationalreichtums — bestellt. In den letzten 25 Jahren sind 22 Millionen Hektar bereits erschlossenen Ackerlands eingebüßt worden, von denen etwa 12 Millionen Hektar für den Industriebau und die Straßen aufgeopfert wurden und mehr als 6 Millionen Hektar vernachlässigt und mit Sträuchern überwuchert sind.

Zugleich aber sind kolossale Mittel für die Erschließung von Millionen Hektar neuer Ländereien verausgabt worden.

Die Fruchtbarkeit der Felder verringert sich in den meisten Regionen. Mehr als 3 Millionen Hektar bewässerter Ländereien — der „goldene Fonds" im beliebigen Staat — können wegen Mißwirtschaft praktisch nicht mehr genutzt werden. Es sei hier auch erwähnt, daß durch die Realisierung schlecht durchdachter Projekte der Errichtung von Wasserkraftwerken unser Land in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 10 Millionen Hektar Auenwiesen und Weiden verloren hat.

Besorgniserregend sind auch die erheblichen Verluste landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die nachlässige Wirtschaftsführung hat uns um bis 20 und bei einigen Erzeugnissen sogar um 30 bis 40 Prozent des Gesamtprodukts auf dem Lande gebracht.

In seiner sozialen und kulturellen Entwicklung ist das Dorf wesentlich zurückgeblieben. Das Fehlen guter Autostraßen ist ein Problem aller Regionen, die Nichtschwarzerdezone ist in dieser Hinsicht ein wahres Notstandgebiet. Unter jeglicher Kritik steht die Versorgung des Dorfes mit modernen komfortablen Wohnungen, Dienstleistungen, Schulen, medizinischen und kulturellen Einrichtungen. Um dringliche Fragen des Alltagslebens zu lösen — ärztlichen Beistand zu bekommen, elementare Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen oder die einfachsten Waren zu kaufen — muß der Mensch oft Dutzende und zuweilen sogar Hunderte Kilometer zurücklegen.

Ich möchte nicht schwarzmalen, muß aber dennoch sagen, daß es in vielen Regionen zu einer Situation gekommen ist, wo die Menschen einfach wegziehen, ihre Dörfer verlassen. Die Migration der Landbevölkerung hat in einigen Gebieten unseres Landes ihren kritischen Höhepunkt erreicht.

Woran liegt das? Warum haben all unsere Maßnahmen — und darunter gab es auch sehr ernst zu nehmende — nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht? Warum haben sie nicht die nötigen Wandlungen auf dem Dorfe eingeleitet? Das ist die Hauptfrage, auf die wir Antwort geben müssen. Wir müssen der Sache auf den Grund gehen, die Ursachen der heutigen zugespitzten Situation in unseren Dörfern und des Mangels an Nahrungsmitteln in unserem Lande klären und Wege zu ihrer Überwindung aufzeigen.

Dazu ist es nützlich, einen Blick in die Geschichte zu werfen, das Herangehen an die Agrarpolitik in verschiedenen Entwicklungsetappen unserer Gesellschaft zu erörtern und daraus eine Lehre für unsere Arbeit zu ziehen.

II.

Die Bauernfrage nahm in der Politik unserer Partei schon immer eine zentrale Stellung ein — sowohl vom Standpunkt der revolutionären Theorie als auch vom Standpunkt der Aufgaben aus, die mit der Errichtung der neuen Gesellschaft verbunden waren.

Die von der Partei ausgearbeitete Agrarpolitik und die praktische Riesentätigkeit der Bolschewiki auf dem Dorfe hatten sichergestellt, daß die Bauernschaft sich im Oktober 1917 der Revolution und der Arbeiterklasse angeschlossen hatte. Diese Politik hatte ihren Ausdruck in einem der ersten Dekrete der Sowjetmacht gefunden, dem Dekret „Über Grund und Boden", das vom Standpunkt breiter Schichten der werktätigen Bauernschaft die Bodenfrage löste.

Sogar in den schweren Jahren des Bürgerkriegs und in dessen gefährlichsten Momenten verlor die Partei nicht aus ihrem Blickfeld die Sachlage auf dem Dorfe, das Problem des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Gerade das Interesse für das Aufrechterhalten dieses Bündnisses sowie der Errungenschaften der Revolution veranlaßten den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik.

Die Agrarpolitik der Partei zur NÖP-Zeit schloß mit ein: Ersetzung der Getreideablieferungspflicht durch die Natursteuer; die exakt die Umfange des von den Bauern abgenommenen Getreides begrenzte Zulassung des freien Handels; breite Entwicklung der kooperativen Bewegung; Erweiterung der Landpacht und Anwendung der Lohnarbeit in gewissem Rahmen; staatliche Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch Preise, Steuern und Kredite; Entwicklung eines Kontraktsystems; allmähliche Schaffung eines äquivalenten Austausches zwischen Stadt und Dorf; erstrangige Wiederherstellung und Entwicklung der Landwirtschaft als unerläßliche Bedingung für die Hebung des Lebensniveaus des Volkes und der Industrialisierung unseres Landes.

Die Neue Ökonomische Politik ergab sich zwangsläufig aus dem objektiven Verlauf des revolutionären Prozesses und wurde als „ernsthaft und auf lange Zeit" aufgefaßt, sie stützte sich auf die Initiative von unten und wurde auf der Grundlage der Demokratie, der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie der mannigfaltigen Genossenschaftsformen aufgebaut. Für die Bauernschaft war das der zugänglichste und verständlichste Weg zum Sozialismus.

Und die Erfolge blieben nicht aus. Bereits 1925 hatte man nach vielen Kennziffern das Produktionsniveau wiederhergestellt, das vor dem ersten Weltkrieg erreicht worden war.

1927 zählte unser Land Zehntausende landwirtschaftliche Genossenschaften und Kooperativen, darunter 6 300 Genossenschaften für gemeinsame Bodenbearbeitung, 8 500 Artels und Kommunen.

Die Bauern schlossen sich zu Konsumgenossenschaften zusammen. Die Konsumgenossenschaften waren ein wichtiger Vermittler zwischen dem produzierenden Bauern und dem städtischen Konsumenten. In den Jahren 1926 bis 1927 ging mehr als die Hälfte des Gesamtumfangs des Einzelhandels über die Konsumgenossenschaft, sie hatte einen beachtlichen Anteil an der Erfassung von Getreide, Fleisch, Eiern, Leinfasern und vielen anderen Erzeugnisarten.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre erfuhr eine sichtliche Entwicklung die Kontrahierung — ein System von Verträgen staatlicher und kooperativer Organisationen mit den Bauernwirtschaften, das sowohl Verpflichtungen über die Lieferung von Produktionsmitteln als auch über die agrotechnische Hilfe miteinschloß. Das war an und für sich ein Riesenschritt in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, denn das schränkte das spontane Wirken des Marktes ein und ließ die Konturen des Mechanismus der planmäßigen Produktionsbeeinflussung, der Verarbeitung und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse deutlich werden. Im ganzen gesehen, bestätigte die Neue Ökonomische Politik die Richtigkeit der von W. I. Lenin vorgebrachten Prinzipien und Methoden der Wirtschaftsführung sowie seine Einschätzung der Kooperierung und des Warenaustausches mit der Bauernschaft als die „wirtschaftliche Basis des Sozialismus".

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre sah sich jedoch die Neue Ökonomische Politik mit einer Reihe Schwierigkeiten und Widersprüche konfrontiert, die durch die komplizierte Lage der Volkswirtschaft verursacht waren. Die schwachentwickelte Industrie konnte den Bauern nicht ausreichend die nötigen Waren liefern. Dadurch stieß die Entwicklung der Landwirtschaft immer häufiger auf die begrenzten Möglichkeiten der materiell-technischen Basis. Von dessen damaligem Stand zeugen beispielsweise solche Zahlen: Im Jahre 1928 waren über 70 Prozent der Flächen mit Sommerkulturen manuell bestellt, etwa 45 Prozent aller Getreidekulturen wurden mit Sicheln und Sensen geerntet, über 40 Prozent des Ernteguts wurden mit Schlägeln und Walzen gedroschen.

Bei einer solchen materiell-technischen Basis begann die Einwirkung der Marktbeziehungen abzuschwächen, das Wachstumstempo der Agrarproduktion verlangsamte sich. Indessen forderte die großangelegte Arbeit zur Verwirklichung der Industrialisierungspläne immer mehr materielle, Arbeitskräfte- und Finanzressourcen. Die Stadtbevölkerung nahm um etwa 4 Prozent im Jahr zu. Die Geldeinkünfte der Werktätigen und ihre kauffähige Nachfrage wuchsen sprunghaft. In Städten mangelte es an Brot und anderen Lebensmitteln. Man war gezwungen, Lebensmittelkarten einzuführen.

Im Lande deutete sich eine Krisensituation an. In aller Schärfe erwuchsen die Fragen nach den Wegen der Weiterentwicklung, nach den Geschicken der Industrialisierung und der Lösung des Lebensmittelproblems. Sie gewannen eine besondere politische Nuance, ich möchte sagen, einen außerordentlichen Charakter.

All das betraf die Grundfrage — die Frage des Bundes der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie der Einstellung zur Bauernschaft. An diesem sehr verantwortungsvollen Abschnitt unserer Geschichte ging die Führung des Landes nicht den Weg der Suche nach den Wirtschaftsmethoden zur Lösung von Problemen und Widersprüchen, der Ausarbeitung einer ökonomischen Politik auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien und der Erfahrungen der NÖP, die den veränderten Bedingungen entspräche, sondern einen anderen, entgegengesetzten Weg — den Weg des Abbaus der NÖP, der Waren-Geld-Beziehungen, der Herabsetzung der materiellen Arbeitsstimuli, der Anwendung befehlsmäßig-administrativer Herangehensweisen bei der Lösung sozialökonomischer Aufgaben.

Bezüglich der Bauern verwirklichten Stalin und seine nächste Umgebung faktisch die von ihnen selbst kritisierte Konzeption von Trozki und Preobrashenski über die „ursprüngliche sozialistische Akkumulation" durch das faktisch unentgeltliche Umpumpen von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie. In Wirklichkeit bediente man sich auch der Idee Sinowjews und Kamenews von der übermäßigen Besteuerung der wohlhabenden Schichten der Dorfbevölkerung.

Selbstverständlich wurde die Unzufriedenheit der Bauern, ausgelöst durch alle ähnlichen Handlungen, als eine Art Sabotage gedeutet. Und damit wurde die Notwendigkeit der Anwendung von Repressivmaßnahmen gerechtfertigt.

Letzten Endes führte dieses Vorgehen zu ernsten strategischen Fehlern, zur Abkehr von den marxistischen Ansichten und Vorstellungen über die Wege der Lösung der Agrar- und der Bauernfrage.

Hier könnte man daran erinnern, daß die Begründer des Marxismus die Idee der Expropriation der Bauernwirtschaft entschieden ablehnten und sie als für sozialistische Umgestaltungen äußerst reaktionär und unheilvoll betrachteten. Bereits im Jahre 1894 schrieb F. Engels: „Wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, können wir nicht daran denken, die Kleinbauern gewaltsam zu exproprieren... Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck... In diesem Sinn können wir also sehr liberal mit den Bauern verfahren."

Für die Kooperation brauche man eine ganze geschichtliche Epoche, so W. I. Lenin. Im Hinblick darauf formulierte W. I. Lenin solche Grundprinzipien der sozialistischen Umgestaltungen der Bauernwirtschaften wie Freiwilligkeit und Konsequenz, Unzulässigkeit irgendwelcher Zwangsmaßnahmen beim Übergang der Bauern zur kollektiven Agrarproduktion, Berücksichtigung ihrer Interessen in Verbindung mit den Interessen der ganzen Gesellschaft, weitgehende Anwendung verschiedener Formen der Kooperation unter materiell-technischer Hilfe seitens des Staates. Auf diesen Grundlagen bildeten sich das Agrarprogramm und die Politik der bolschewistischen Partei heraus.

Von den befehlsmäßig-administrativen Verfahrensweisen mit der Bauernschaft sprechend, muß man zugeben, daß die Zwangsmethoden und die Forcierung des Tempos der durchgängigen Kollektivierung der Landwirtschaft, die voluntaristische Einmischung in die Prozesse der Produktion, des Austausches und der Verteilung deren abnormster Ausdruck waren.

Im Agrarsektor kamen die Methoden des außerökonomischen Zwangs aus den Zeiten des „Kriegskommunismus" wieder auf. Das Bestreben des Menschen, Herr auf dem Boden zu sein, das bereits durch das Dekret „Über den Boden" gesetzmäßig anerkannt worden war, wurde zum Überbleibsel der Privateigentümerpsychologie erklärt. Die ganze Vielfalt der Methoden des Wirtschaftens auf dem Boden lief praktisch auf die einzige Form hinaus. Ausgeschlossen wurde eine beliebige wirtschaftliche Selbständigkeit der Kolchose und Sowchose, deren Werktätigen in die Lage von Tagelöhnern versetzt wurden. Demokratische Institute wurden abgebaut: Abgeschafft wurden das Kolchoszentrum und die Kolchosverbände, viele Arten des Genossenschaftswesens; über Kolchose, Sowchose und die Bauernschaft verwaltete ein verzweigtes System des bürokratischen Apparats.

Dadurch wurde der Landwirtschaft ein kolossaler Schaden zugefügt. Der Viehbestand, die Agrarproduktion gingen rapide zurück, die Versorgung der Städte verschlechterte sich, die Konsumtion auf dem Lande verringerte sich. In den Jahren 1932 bis 1933 kam es aus diesen Gründen und wegen der Dürre vielerorts sogar zur Hungersnot. In Verbindung mit der Störung des Ware—Geld—Austausches wurde ein normales Funktionieren der ganzen Wirtschaft behindert. Der zu Beginn der Kollektivierung erzielte Stand der Agrarproduktion wurde in den Vorkriegsjahren nur zweimal — den Jahren 1937 und 1940 — übertroffen.

Die Ereignisse jener Jahre bewertend, müssen wir auch die menschliche Tragödie erwähnen. Sie bestand darin, daß man im Kampf gegen den Kulaken eigentlich gegenüber einer großen Masse von Mittelbauern und sogar Armbauern Gewalt übte. Millionen Bauern wurden samt Familien dem Boden, den Heimatorten entrissen, sie litten bittere Not und gingen in Lagern und in der Verbannung zugrunde.

Die gröbsten Abweichungen vom Leninschen Kurs im Agrarbereich führten zu großen Fehlschlägen sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Charakters. Die Ablösung der Beziehungen mit der Bauernschaft, die auf den Warenaustausch und dem gegenseitigen Nutzen beruhten, durch die Beziehungen des Diktats bedeutete nicht nur einen Umsturz in der Agrarpolitik, sondern führte auch zur Entstehung einer prinzipiell neuen politischen und sozialen Situation im Lande. In Verbindung mit den voluntaristischen Methoden des Wirtschaftens in der Industrie hatte sich praktisch ein weisungsgebundenes Leitungssystem der ganzen Gesellschaft herausgebildet.

In der konkreten historischen Situation, die kraft spezifischer innerer und äußerer Faktoren jener Zeit entstanden war, nahmen Kräfte die Oberhand, die die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ignorierten und sich zu „kriegskommunistischen" Methoden des Aufbaus der neuen Gesellschaft hingezogen fühlten.

Der Masse wurde eine simplifizierte Vorstellung vom Sozialismus aufgezwungen, es wurde behauptet, daß dessen Aufbau nur eine kurze Zeit in Anspruch nehmen werde, daß dies eine Angelegenheit von höchst zwei bis drei Planjahrfünften sei. Auf der Grundlage solcher Anschauungen wurde auch der politische Kurs auf forcierte Industrialisierung, auf eine schleunige Ummodelung der ganzen Bauernschaft auf proletarische Art, auf die Verwandlung der Kleinwaren-Landwirtschaft in eine besondere Art von Industriegroßfabriken gestaltet.

Die Fehlerhaftigkeit der Herangehensweisen an die Durchführung der Kollektivierung konstatierend, will ich dessen ungeachtet unterstreichen, daß es falsch wäre, ausgehend davon, die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes zu negieren, ebenso wie es unrechtmäßig wäre, über die Nichteffektivität der Kolchosordnung zu schlußfolgern. Nein, dem Wesen der Kollektivwirtschaft liegen gewaltige potentielle Möglichkeiten zugrunde, die sich erst unter den richtigen Wirtschaftsbeziehungen in vollem Maße entfalten und vortreffliche Resultate bringen. Eine Bestätigung dessen liefern die Erfahrungen von Tausenden und Abertausenden führenden Ackerbaubetrieben in unserem Lande und in anderen sozialistischen Staaten.

In den darauffolgenden Jahren stellte das Leben mehrmals die Frage der Beseitigung der Hemmungsfaktoren, die infolge der strengen Reglementierung der Wirtschaftstätigkeit der Kolchose und Sowchose entstanden waren, des Verzichts auf die weisungsgebundenen Methoden der Leitung des Agrarsektors, der Wiederherstellung der Leninschen Prinzipien gegenüber der Bauernschaft. Doch getan wurde das in jenen Jahren nicht.

Es war der Krieg, welcher der Landwirtschaft des Landes den schmerzlichsten Schlag versetzte. Die Produktivkräfte des Dorfes, deren Niveau auch ohnehin niedrig war, waren ernsthaft untergraben worden. Vor dem Krieg war unser Land vorwiegend ein Bauernstaat. Deshalb müssen wir, wenn wir von der Heldentat des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg sprechen, die Arbeitsheldentat der Bauern sowohl bei der Versorgung der Armee und der Werktätigen des Hinterlandes mit Lebensmitteln, als auch ihre Kampfheldentat gebührend einschätzen. Millionen Bauernsöhne sind, ihr Vaterland verteidigend, auf den Schlachtfeldern gefallen.

Objektivitätshalber sei betont, daß in den Nachkriegsjahren umfassende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Landwirtschaft in den durch den Krieg zerstörten Regionen der RSFSR, der Ukraine, Belorußlands und des Baltikums unternommen wurden. Jedoch die Entwicklung einer neuen Agrarpolitik, die das Dorf so notwendig brauchte, wurde nicht vorgenommen. Mehr noch, die Mechanismen der weisungsgebundenen Leitung, die Verfahren des Ressourcenauspumpens aus dem Dorf, das verächtliche Verhalten gegenüber den Lebensbedingungen der Dorfwerktätigen schwächten sich nicht nur ab, sondern wurden im Gegenteil immer raffinierter.

Aufgrund des nichtäquivalenten Austauschs wurden dem Dorf gewaltige Mittel entzogen. So waren in den Jahren 1946 bis 1953 in der Landwirtschaft 298 Milliarden Rubel Nationaleinkommen produziert worden (einschließlich seines Teils, der auch in anderen Zweigen realisiert worden war), in der Landwirtschaft genutzt wurden jedoch davon nur 193 Milliarden Rubel (unter Berücksichtigung des Anteils der Landwirtschaft an den gesamtstaatlichen Aufwendungen). Das bedeutet, daß 105 Milliarden Rubel aus dem Dorf in andere Wirtschaftsbereiche flossen.

Die Arbeitsentlohnung der Kolchosbauern war eher symbolischen Charakters. Sie waren genötigt, hauptsächlich auf Kosten ihrer individuellen Nebenwirtschaften zu leben, die obendrauf noch übermäßig besteuert wurden. Jeder Bauernhof mußte die Steuer für das Land entrichten sowie — häufig ungeachtet dessen, ob er dieser Aufgabe gewachsen war oder nicht — eine festgelegte Menge von Fleisch, Milch, Eiern, Wolle und anderen Erzeugnissen an den Staat liefern. Zuweilen versteigerte sich das zu einer Absurdität. Bekanntlich war sogar eine Steuer für jeden Obstbaum erfunden worden, ungeachtet dessen, ob er schon Früchte trug oder nicht.

Das verächtliche Verhalten gegenüber den Kolchosbauern offenbarte sich auch darin, daß ihnen keine Rentenversorgung zustand. Sie besaßen keine Pässe und durften das Dorf nicht ohne Erlaubnis verlassen.

Nach 1953 wurden ziemlich umfassende ökonomische, politische und organisatorische Maßnahmen eingeleitet, die die Festigung der Landwirtschaft zum Ziele hatten. Gemäß den Beschlüssen des Septemberplenums des ZK der KPdSU von 1953 wurden mehr begründete Aufkaufpreise für die landwirtschaftliche Produktion eingeführt, es wurde das Prinzip der Planung von unten proklamiert und die Steuerpolitik geregelt.

Die materielle Interessiertheit der Dorfwerktätigen erhöhte sich, es wurden Renten eingeführt, Einschränkungen bei der Personalausweispflicht wurden abgeschafft. Den Kolchosen wurde das Recht gewährt, in ihren Statuten unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen Änderungen vorzunehmen. Es wurde das gewaltige Programm der Erschließung von 42 Millionen Hektar Neu- und Brachland realisiert.

Diese Maßnahmen begannen ökonomischen Nutzen zu bringen. Die Landwirtschaft entwickelte sich nun in ziemlich hohem Tempo. In den fünf Jahren nach 1953 betrug der Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber dem vorhergegangenen Planjahrfünft insgesamt 34 Prozent. Der Einfluß der Intensivfaktoren auf die Ergebnisse der Wirtschaftsführung verstärkte sich.

Es begann der Prozeß der Sanierung der Ökonomik der Kolchose. Ihre Geldeinkünfte im Jahre 1957 stiegen gegenüber 1952 pro Kolchoshof aufs 2,3-fache und die Geldzahlung je Arbeitseinheit — aufs 3fache an. Die Entwicklung und Realisierung der Agrarpolitik, die der neuen Entwicklungsetappe des Landes entsprach, verliefen bei einem harten ideologisch-politischen Kampf gegen die Konservativkräfte. Trotzdem wurden tatsächlich große Fortschritte erreicht. Bald folgte aber die ungerechtfertigte Einmischung in die Tätigkeit der Kolchose und Sowchose, aus dem Zentrum wurden ihnen verschiedene Anweisungen und die Durchführung einer erdachten Reorganisation aufgedrängt.

Die systematische Verteuerung der Baumaterialien und anderer Produktionsmittel, die in der Landwirtschaft realisiert werden, der Verkauf der MTS-Technik an die Kolchose in hohen Preisen, hat sich auf den Zustand der Ökonomie der Kolchose und Sowchose negativ ausgewirkt, den Prozeß der erweiterten Produktion untergraben und erneut zu einem nichtäquivalenten Austausch geführt.

Gerade in dieser Periode wurde die ihrem Wesen nach linkstümlerische Konzeption des Absterbens der individuellen Nebenwirtschaft in der Praxis verwirklicht, deren Vorhandensein, so wurde behauptet, die Durchsetzung der sozialistischen Verhältnisse auf dem Lande bremsen würde. Auch die Politik der Liquidierung der sogenannten perspektivlosen Dörfer wurde aktiviert.

All das hat im Endeffekt zum Sinken des Wachstumstempos der Landwirtschaftsproduktion, zu einer akuten Verschärfung des Getreideproblems, zur Verschlechterung der Lebensmittelversorgung geführt.

Ein erneuter Versuch, eine effektive Agrarpolitik zu erarbeiten, war auf dem Märzplenum des ZK der KPdSU (1965) unternommen worden. Entsprechend den hier gefaßten Beschlüssen wurden Maßnahmen zur Umverteilung des Nationaleinkommens zum Nutzen der Landwirtschaft und der erweiterten Lösung von Sozialproblemen auf dem Lande, zur Nutzung der ökonomischen Methoden für die Entwicklung des Agrarsektors, der Intensivierung der Kolchos- und Sowchosproduktion verwirklicht. Die Aufkaufpreise für Landwirtschaftsprodukte wurden erhöht.

Diese Maßnahmen stießen auf die Unterstützung der Bauernschaftstätigkeit der Dörfer. Die

(Fortsetzung S.2)

Über die Agrarpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen

(Fortsetzung)

achte Fünfjahrplanperiode hat sich, wie Sie wissen, nach ihren Kennziffern als relativ erfolgreich erwiesen.

Jedoch die Beschlüsse des Märzplenums waren nicht erfüllt worden, und der von ihm bestimmte Kurs wurde in der Folge stark deformiert. Die ökonomischen Bedingungen der Wirtschaftsführung wurden durch die Verstärkungen des nichtäquivalenten Austausches zwischen Stadt und Land untergraben. Die Kolchose und Sowchose waren der Möglichkeit beraubt, die ihnen notwendigen Mittel zu erarbeiten, was sich negativ auf ihre wirtschaftliche Lage auswirkte. Im Ergebnis erwiesen sich 1980 sowohl die Kolchose, als auch die Sowchose als verlustbringend, obwohl 1970 die Gesamtrentabilität der Sowchosproduktion 22 und die der Kolchosproduktion 34 Prozent ausgemacht hatte.

Am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wurde ein Versuch unternommen, die Probleme der Intensivierung der Landwirtschaft auf dem Wege einer breiten Entwicklung der Kooperation zwischen den Agrarbetrieben und der Schaffung der von Agrar-Industrie-Betrieben und Komplexen zu lösen. Aber auch diese Maßnahme, die im allgemeinen prinzipiell schon richtig ist — war losgelöst von der realen Lage beschlossen worden. Ein bedeutender Teil der für das Land bestimmten Mittel wurde zum Bau von teueren Objekten verwendet, wurde sozusagen „vermauert“, anstatt das er zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, der Mechanisierung der Produktion zur sozialen Veränderung der Siedlungen verwendet wurde. Im Endergebnis brachten die Ausgaben nicht den ökonomischen Nutzen, mit dem man gerechnet hatte, sondern große Verluste.

Die fehlende Regulierung der ökonomischen Verhältnisse im Agrarsektor selbst, die Beibehaltung der alten Methoden der Wirtschaftsführung, die großen Fehler bei der Organisation und Bezahlung der Arbeit hatten den Einfluß der materiellen Stimuli bei der Bauernschaft ernsthaft abgeschwächt. In dieser Situation hatte sogar die garantierte Arbeitsentlohnung der Bauern — die eigentlich eine wichtige soziale Errungenschaft dieser Zeit darstellte — zum Wachstum des Schmarotzertums beigetragen, weil sie nicht mit den Endergebnissen der Arbeit in Verbindung stand. Der Rückstand der Dörfer in der sozialen Entwicklung verstärkte die Migrationsprozesse.

Kurz, zu Beginn der 80er Jahre erwies sich die Landwirtschaft, der Agrarkomplex des Landes insgesamt, ja unsere Wirtschaft überhaupt in einem solchen Zustand, daß Sofortmaßnahmen notwendig waren. In dieser Lage wurde der Beschluß über die Erarbeitung des Lebensmittelprogramms angenommen, das auf dem Maiplenum des ZK der KPdSU (1982) bestätigt wurde. Damit gelang es, in gewisser Hinsicht das Anwachsen von Krisenerscheinungen aufzuhalten und sogar die Lage in der Landwirtschaft ein wenig zu verbessern. Die Fakten darüber sind Ihnen bekannt. Aber die Beschlüsse des Maiplenums tragen auch einen Stempel der Zeit, ihr Charakter war von Halbheiten und Kompromissen bestimmt.

Eine ausführliche Analyse der ökonomischen Entwicklung des Landes, die auf dem Aprilplenum des ZK (1985) bzw. auf den folgenden Plenartagungen, auf dem XXVII. Parteitag und der XIX. Parteikonferenz gezogen wurde, sowie die kritische Einschätzung der Sachlage im Nahrungsmittelkomplex des Landes heute machen es erforderlich, zur Prüfung des gesamten Komplexes der Agrarprobleme zurückzukehren.

Welche Hauptlehren folgen aus der Klärung und Einschätzung der Vergangenheit? Was muß bei der Erarbeitung der Agrarpolitik in der Periode der Umgestaltung unbedingt neu eingeschätzt werden?

Vor allem müssen wir eine allgemeine Schlußfolgerung ziehen. Sie besteht in der Bestätigung der unvergänglichen Bedeutung der Leninschen Konzeption der sozialistischen revolutionären Veränderungen und in der Erkenntnis der Unzulässigkeit ihrer Deformationen.

Der größte Schaden wurde der Sache des Sozialismus angetan, indem der grundlegende Leninsche Gedanke über den Sozialismus als das lebendige Schöpfertum der Massen vergessen wurde. Die neue Gesellschaft wird im Namen der Interessen der Werktätigen und durch die Werktätigen aufgebaut. Und das setzt eine breite Teilnahme des Volkes an allen Umgestaltungsprozessen, die allseitige Entwicklung der Demokratie, die Durchsetzung der Prinzipien der Volksmacht und Selbstverwaltung voraus. Keine soziale Veränderung, von welchen Losungen sie auch immer begleitet wird, kann entgegen den Interessen der Massen und ohne deren unmittelbare Teilnahme verwirklicht werden.

Die prinzipiellen Leninschen Grundsätze wurden verbal anerkannt, jedoch in der Praxis ignoriert und durch Kommando- und Weisungsmethoden ersetzt.

Das hat der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung des Landes gewaltigen Schaden zugefügt und die Tätigkeit der politischen Institutionen in bedeutendem Maße deformiert. Das Zurückweichen von der Leninschen Konzeption des sozialistischen Aufbaus hat sich besonders schmerzhaft auf die Lage im Dorf ausgewirkt. Sowohl die Theorie als auch die Praxis beweisen, daß die Agrarpolitik einer der wichtigsten Faktoren der Festigung und Vertiefung der sozialistischen Umwandlungen sein kann und auch ist, wenn sie genau die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwicklung sowie die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft widerspiegelt. Und umgekehrt, wenn die Agrarpolitik eine Gegenüberstellung dieser Interessen zuläßt, so untergräbt sie nicht nur die Landwirtschaft, sondern ruft auch ernste Schwierigkeiten in der Entwicklung der ganzen Gesellschaft hervor.

Das ist die allgemeine prinzipielle Schlußfolgerung, Genossen. Doch wir müssen auch konkretere Lehren für die Ausarbeitung der heutigen Agrarpolitik ziehen.

Erstens. Die gesamten Erfahrungen der sozialistischen Wandlungen auf dem Lande mit all ihren Errungenschaften, Gewinnen und gewaltigen Verlusten bestätigen die durchgehende Leninsche Hauptidee, daß die Agrarpolitik auf die Schaffung solcher Produktionsbeziehungen und solcher Formen des Wirtschaftens gerichtet sein soll, die dem Bauern seine Stellung eines wahren Herrn auf dem Boden sichern.

Zweitens. Sowohl der Agrarsektor als auch die Gesellschaft schlechthin können nicht erfolgreich existieren ohne die Herstellung der wirtschaftlich begründeten, gerechten Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen dem Agrarsektor und den anderen Sektoren der Wirtschaft. Da kann jeder Fehlgriff schwerwiegende Folgen haben. Diese Schlußfolgerung ist nicht nur von ökonomischer, sozialer, sondern auch von politischer Bedeutung, denn es geht um das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, um die Geschicke des Sozialismus.

Drittens. Die Notwendigkeit der demokratischen Methoden der Leitung der Ökonomik und der gesamten gesellschaftlichen Prozesse resultiert aus dem Wesen der sozialistischen Ordnung. Daher auch die Unzulässigkeit des administrativen Kommandosystems. Seine Methoden sind gerade in der Landwirtschaft unzulässig, die mit dem Boden und den Natur- und Klimaverhältnissen zu tun hat, welche sehr verschiedenartig sind.

Viertens. Es ist äußerst wichtig, die lebendige Dialektik der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte auf dem Lande ständig im Auge zu behalten. Indem wir der radikalen Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen in den Zweigen des Agrar-Industrie-Komplexes erstrangige Bedeutung beimessen, dürfen wir auch die weitere Entwicklung seiner materiell-technischen Basis nicht vergessen. Besonders jetzt, da die wissenschaftlich-technische Revolution alle Bereiche der Produktion, darunter auch die Landwirtschaft umfaßt.

Fünftens. Die wichtigste Lehre, die wir uns fest einprägen müssen, Genossen, ist die Unzulässigkeit des geringschätzigen Verhaltens zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Dorfwerktätigen. Die Agrarpolitik, die wir jetzt erarbeiten, soll eine wahre Wiedergeburt des Dorfes als Hauptziel haben, damit der Bauer selbst und seine Arbeit einen würdigen Platz in der Gesellschaft einnehmen. Das ist nicht nur die wichtigste soziale und wirtschaftliche Aufgabe, das ist, so würde ich sagen, auch unsere moralische Pflicht. Ohne eine grundlegende Veränderung der Lage der Bauernschaft in der Gesellschaft kann man nicht im Ernst mit der Lösung der Produktionsaufgaben und des Lebensmittelproblems rechnen. Die Sorge um den Menschen auf dem Lande ist der Kernpunkt unserer heutigen Agrarpolitik.

Das wären nun einige geschichtliche Lehren und die Hauptschlußfolgerungen daraus.

III.

Genossen! Wir müssen eine solche Agrarpolitik erarbeiten, deren Realisierung es uns ermöglichen würde, in der nächsten Zeit die Schärfe des Lebensmittelproblems zu mindern und im 13. Planjahrfünft die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der für die stabile Lebensmittelversorgung ausreichenden Menge und Auswahl abzusichern.

Auf den Wegen der neuen Agrarpolitik müssen wir die grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Umwandlungen auf dem Lande verwirklichen und die Landwirtschaft selbst sowie die Bereiche der Beförderung, Lagerung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf ein zeitgenössisches Niveau bringen, was zu einem wichtigen Faktor der harmonischen Entwicklung der gesamten Ökonomik werden wird.

Das ist eine wichtige sozialökonomische und politische Aufgabe, die der gesamten Partei und der Gesellschaft erwachsen ist.

Es taucht natürlich die Frage auf: Welche Umfänge der Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen wir erreichen und welche Ressourcen dafür sind notwendig? In den Dokumenten, die Ihnen vorliegen, gibt es diesbezüglich Vorschläge. Die Erreichung der darin vorgesehenen Ziele ist äußerst wichtig und notwendig. Doch ich glaube, daß wir auf unserem Plenum die Suche nach den Wegen, nach dem Komplex der praktischen Maßnahmen akzentuieren werden, die man realisieren muß, um diese Marken zu erreichen.

Nach Meinung des Politbüros ist die grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Lande die Schlüsselfrage der heutigen Agrarpolitik. Ich möchte das nochmals unterstreichen, weil die Diskussion im Laufe der Vorbereitung des Plenums gezeigt hat, daß manche Genossen die Rechtzeitigkeit und Wichtigkeit der Wahl der Mittel zur Erreichung der von uns aufgestellten Ziele in erheblichem Maße nicht einsehen.

Eine der tiefverwurzelten Meinungen ist die, daß man nur mehr Technik, Düngemittel, Baustoffe, Investitionen bereitzustellen und die Bodenmelioration zu beschleunigen braucht, damit sich alles sozusagen von selbst löse.

Das stimmt schon: Es mangelt auf dem Lande an vielem, und vieles muß dem Dorfe gegeben werden. Im ganzen gesehen, ist eine solche Behauptung schwer abzustreiten. Jedoch haben Analyse der Geschichte, die Erfahrungen der letzten Jahre der Umgestaltung es überzeugend bewiesen, daß wir einen ernsten Fehler begehen, indem wir diesen Weg als die Hauptrichtung der Agrarpolitik wählen.

In den letzten Jahren wurden in den Agrarsektor gewaltige Mittel und andere materielle Ressourcen investiert. Aber wesentliche, diesen Ausgaben adäquate Ergebnisse wurden jedoch nicht erzielt.

Und das ist nicht nur für solch eine komplizierte und schwierige Region wie z. B. die Nichtschwarzerdezone der RSFSR charakteristisch. Nehmen wir auch die Ukraine. In den vergangenen 20 Jahren wuchsen hier die Grundproduktionsfonds der Landwirtschaft aufs 4,2fache, die Düngemittellieerdezone der RSFSR charakteribeitsentlohnung aufs 2,7fache an, und der Zuwachs der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse belief sich nur auf 39 Prozent.

Wir sprechen von den verdienten Errungenschaften der fortschrittlichen Agrarbetriebe in den baltischen Unionsrepubliken. Aber auch dort tendiert die Entwicklung in dieser Richtung. In den vergangenen 20 Jahren sind die Produktionsfonds der landwirtschaftlichen Zweckbestimmung in Litauen — aufs 5fache, in Lettland — aufs 3,8fache und in Estland — aufs 4,1fache angewachsen. Und die Bruttoproduktion der Landwirtschaft wuchs in ihnen entsprechend: in Litauen — um 45 Prozent, in Lettland — um 39 und in Estland — um 33 Prozent. Dabei stiegen in den Kolchosen und Sowchosen dieser Republiken die Selbstkosten der Hauptproduktionsarten: Zum Beispiel die Gewichtszunahme bei Rindern aufs 2 bis 2,3fache, die Gewichtszunahme bei Schweinen — aufs 1,6 bis 1,7fache, bei Milch aufs 1,6 bis 1,8fache, bei Gemüse aufs 1,6 bis 2,2fache.

Ähnlich ist es darum in den Unionsrepubliken Mittelasiens bestellt. Nehmen wir Usbekistan. In den letzten 20 Jahren wurden in dieser Republik 1,6 Millionen Hektar Bewässerungsflächen in Nutzung genommen, die Produktionsgrundfonds stiegen auf das Sechsfache und die Bruttoproduktion um 78 Prozent.

Daß ähnliche Tendenzen in den Regionen mit unterschiedlichen Bedingungen des Wirtschaftens zum Vorschein kommen, zeugt davon, daß der Hauptgrund nicht in der Beschränktheit der materiell-technischen Ressourcen, sondern viel tiefer liegt.

Genossen, wir haben uns möglichst schnell von den altgewohnten, vielleicht sogar bequemen Stereotypen zu befreien. Wir müssen so schnell wie möglich einsehen, daß ohne kardinale Änderungen der Wirtschaftsverhältnisse und der sozialen Bedingungen auf dem Lande weder die Investitionen noch die Technik etwas nutzen.

Solche Schlußfolgerungen zieht man nicht nur aus den negativen Lehren der Vergangenheit, sondern auch aus jetzigen Erfahrungen der Bestbetriebe. Ihre Erfolge konnten nur dank der Anwendung neuen wirtschaftlichen Vorgehens, der Steigerung der materiellen Interessiertheit, der Fürsorge und Aufmerksamkeit gegenüber den Menschen erzielt werden.

Der Sinn der Wirtschaftsreform auf dem Lande besteht darin, den Bauern breite Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmungslust und Initiative zu bieten. Wir müssen entschieden die Entfremdung der ländlichen Werktätigen (wie übrigens auch aller Werktätigen) dem Eigentum überwinden, das ihnen vorläufig nur formell gehört. Man muß radikal die Realisierungsformen des Rechts eines sozialistischen Eigentümers verändern durch die weitgehende Anwendung verschiedener Wirtschaftsformen und der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Lande braucht eine Überprüfung der gegenwärtigen Auffassung des sozialistischen Eigentums — in Theorie und Praxis. Die nach den künstlichen Kriterien eingewurzelte Einteilung der Eigentumsformen in höhere und niedere, in konsequent und nichtkonsequent sozialistische hat in vielem die dogmatische Einstellung zu der Wahl der Wirtschaftsform und Verwaltungsorganisation bestimmt und zu bedeutenden Fehlschlägen geführt.

Heute geht es um die Anerkennung der Gleichberechtigung der verschiedenen Formen des sozialistischen Eigentums auf die Produktionsmittel und die darauf beruhenden Formen des Wirtschaftens.

Wir müssen einen breiten Weg für alle möglichen Formen der Wirtschaftsführung eröffnen; für Kolchose und Sowchose, für Agrofirmen und Agrokombinate, für Kolchosbauern und die individuellen Nebenwirtschaften sowie die Agroabteilungen der Industrie-, Bau- und anderer Nichtagrarbetriebe, für die Nebengewerbe usw.

Auf neue Art muß man an die individuelle und Familientätigkeit der Bauern herangehen. Gleich der Kooperation muß sie in ihren Rechten wiederhergestellt werden. Es geht um die warenproduzierenden Bauernwirtschaften, die auf persönlicher Arbeit basieren. Und natürlich müssen wir die individuellen Nebenwirtschaften der Werktätigen voll in ihren Rechten wiederherstellen.

Alle Wirtschaftsformen können eng in der sozialökonomischen Struktur unserer Gesellschaft zusammenwirken, miteinander wetteifern, einander ergänzen, ihre Effektivität und Perspektive durch die Tat beweisen.

Das Wichtigste besteht darin, über den neuen Wirtschaftsmechanismus, die Kooperation und den Pachtvertrag maximal das gewaltige Potential zu erschließen, das den Kolchosen und Sowchosen innewohnt, das heißt, das zu realisieren, was beim Übergang zu Kollektivformen der Arbeit gedacht war.

Wie ist der Hauptweg der Realisierung dieser Aufgabe? Es besteht in der größtmöglichen Demokratisierung des Wirtschaftslebens, die die Struktur der Kolchose von Grund auf umzuwandeln ermöglicht auf dem Wege ihrer Umgestaltung in Dachkooperativen von Kooperativen. Im Grunde genommen ist dieses Herangehen auch für die Sowchose anwendbar.

Für die Realisierung unserer Pläne der Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse und die Gewährleistung einer breiten Vielfalt der Wirtschaftsformen auf dem Lande wird natürlich eine gewisse Zeit nötig sein. Wir dürfen die Aufgabe nicht simplifizieren — gehen wir doch an die Umgestaltung der gesamten ländlichen Lebensweise heran.

Einer der wichtigsten, in der gegenwärtigen Etappe vielleicht der entscheidendsten Wege der Umgestaltung des sozialistischen Eigentums ist die Entwicklung der Pachtverhältnisse auf dem Lande. Gerade über den Pachtvertrag läßt sich möglichst vollständig die Leninsche Idee realisieren, aktiv persönliches Interesse in die Sache einzuschalten, dem Menschen das Gefühl des Herren im Hause zurückzuerstatten, seine schöpferischen Möglichkeiten zu stimulieren.

Um den Pachtvertrag geht in der Gesellschaft eine Diskussion vor sich. Die Meinungsskala ist hier ziemlich breit. Viele Leiter von fortschrittlichen Kolchosen und Sowchosen, die sich im Prinzip über den Pachtvertrag positiv äußern, meinen nichtsdestoweniger, daß man in ihren Betrieben auch ohne ihn auskommen kann.

In diesen Betrieben ist bekanntlich ein hoher Nutzeffekt des Bodens und der Fonds erzielt worden, breit angewendet werden die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Das alles stimmt. Dabei darf man aber die Perspektive nicht übersehen. Alle, auch die besten Kollektive, müssen nach Wegen zur Steigerung der Produktion und zur Erhöhung ihres Wirkungsgrads suchen. Und der Weg zu neuen Zielmarken, das muß man offen sagen, wird immer schwieriger und schwieriger, so daß man mit dem traditionellen Vorgehen wohl kaum auskommen wird.

Also würde ich auch hier den Pachtvertrag nicht ablehnen. Aber lassen wir, wie man sagt, das Leben selbst das entscheidende Wort sprechen. Ich meine, diese Frage müssen die Arbeitskollektive unserer fortschrittlichen Kolchose und Sowchose selbst entscheiden.

Es gibt aber eine, ich möchte sagen, ganz entgegengesetzte Meinung hinsichtlich der Pachtverhältnisse und zugleich auch der Geschicke der Kolchose und Sowchose. Ihre Anhänger gehen davon aus, daß die Kolchose und Sowchose aufzulösen und ihr Boden und andere Produktionsmittel Pächtern zu übergeben seien. Ich bin der Meinung, daß dieser Standpunkt sowohl wissenschaftlich als auch praktisch unhaltbar ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einigen Fällen auch solche Entscheidungen getroffen werden. Und doch scheint der Hauptweg im Übergang sowohl der Kolchose als auch der Sowchose zur innerbetrieblichen Pacht und in ihrer Umgestaltung auf der Grundlage der Bildung von Pachtgenossenschaften zu liegen.

Wir dürfen nicht die reale Tatsache unterschätzen, daß die Kolchose und Sowchose heute, wenn auch nicht über eine ausreichende, so doch eine entwickelte Infrastruktur verfügen, die mehrere Bedürfnisse der Pächter befriedigen kann. Das betrifft sowohl die Versorgung mit Produktionsmitteln als auch den Absatz der produzierten Erzeugnisse, den Empfang zahlreicher Dienstleistungen und sogar die Vereinigung der Anstrengungen bei der sozialen Entwicklung eines Territoriums.

Dabei genügt nur ein Blick in die Erfahrungen der Kooperativen nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den kapitalistischen Ländern, um sich zu überzeugen, daß die Kooperativen und Bauernwirtschaften überall so oder anders eine Vereinigung der Kräfte zur Befriedigung ihrer sozialen und Produktionsbedürfnisse benötigen.

Anscheinend hat sich der Vorschlag, die Kolchose und Sowchose aufzulösen, hauptsächlich unter dem Einfluß der Befürchtungen um das Schicksal der Pachtverhältnisse und der Angst gebildet, daß deren Entwicklung durch den Widerstand gewisser Kräfte gestoppt werden könnte, die nicht leicht zu überwinden sind.

Was kann man dazu sagen? Ein Widerstand gegen das Neue ist vorhanden und wird nicht mit einemmal verschwinden. Die Erfahrungen der letzten zwei bis drei Jahre zeigen, daß die realen Hindernisse beim Übergang der Kolchose, Sowchose und anderer Betriebe zu Pachtverhältnissen auf zwei Momenten beruhen.

Einerseits wollen die Menschen sichere Rechtsgarantien haben, die sie von der Ernsthaftigkeit und Langlebigkeit unserer Politik überzeugen könnten. Diese Befürchtungen können und müssen wir schon heute aufheben, indem wir den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Pacht und die Pachtverhältnisse in der UdSSR verabschieden. Sein Entwurf liegt Ihnen vor. Unserer Meinung nach würde er die Interessen der Pächter und der Verpächter schützen. Und bis zum Jahresende ließe sich auch das Pachtgesetz erarbeiten.

Andererseits verändert die Pacht, wie das Leben es zeigt, grundlegend die Lage der Spezialisten in der Agrarproduktion. In diesem Zusammenhang verhält sich ein Teil von ihnen kritisch zu dieser Wirtschaftsform. Zugleich bin ich überzeugt, daß die meisten Spezialisten ihren Platz unter den neuen Verhältnissen auf dem Lande finden werden, denn sie ermöglichen es ihnen, ihre Fähigkeiten breiter zu entfalten und beruflichen Genugtuung zu empfinden, von materieller Belohnung schon ganz zu schweigen.

Die Pacht wird auch von demjenigen Teil der Kolchosbauern und Arbeiter kühl aufgenommen, der sich im Laufe mehrerer Jahre abgewöhnt hat, gewissenhaft zu arbeiten und es sich gefallen läßt, stabile Einnahmen unabhängig von den Endresultaten der Arbeit zu erhalten. Wir müssen solchen Zuständen entsagen, sonst werden wir nicht vorankommen. Der Übergang zur Entlohnung nach dem Endresultat ist dabei ein realer Weg. Er wird gleich vieles regeln.

Wir müssen alle Fragen des Übergangs zur Pacht eingedenk der früheren Erfahrungen entscheiden und uns dabei strikt von den Leninschen Prinzipien und vor allem vom Prinzip der Freiwilligkeit leiten lassen. Wir wollen dabei keine Aufgaben stellen und keine Termine festsetzen.

Wird das Plenum diesbezüglich die Vorschläge des Politbüros, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Regierung unterstützen und wir die entsprechenden Dokumente annehmen, so werden dadurch die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen breiten Übergang zur Pacht geschaffen. Dann wird dieser Prozeß natürlich in normaler Bahn verlaufen, und, ich bin davon überzeugt, wesentlich schneller als bisher.

Diesbezüglich möchte man die Notwendigkeit unterstreichen, die vielfältigen Formen der Pacht zu nutzen. Unter ihren Bedingungen können nicht nur die Kolchose und Sowchose, Agrarfirmen und Agrarkombinate sowie ihre Abteilungen, sondern auch einzelne Bauernfamilien arbeiten. Sie sind imstande, die verwahrlosten Ländereien und Einzelgehöfte, besonders in der Nichtschwarzerdezone, in Belorußland und den Ostseerepubliken erschließen. Aus der wirtschaftlichen Tätigkeit sollte auch die Anwendung der Anteil- und Aktionärsgrundsätze nicht ausgeschlossen werden. Mit einem Wort, da gibt es ein breites Wirkungsfeld für Initiative.

Allerdings müßten dabei exakt die Rechte und Pflichten der Verpächter und Pächter, ihre Arbeitsprinzipien und die Grundsätze bei der Bildung der Pacht- und Aktienverhältnisse im Rahmen des individuellen und Kollektiveigentums, der Platz und die Rolle dieser Eigentumsform im gemeinsamen System der sozialistischen Produktionsverhältnisse umrissen werden.

Es handelt sich ja um die Übergabe des Bodens und anderer Produktionsmittel den Pächtern, um das reale Disponieren über diese Mittel, einschließlich der selbständigen Formierung der Produktionsstruktur und des vertragsmäßigen Rechts des Pächters über das Pachteinkommen zu verfügen usw. Der Pächter wird gewisse Steuern für die Bodennutzung an den Staat zahlen, für den ordnungsgemäßen Zustand und die Qualität des gepachteten Landstücks verantworten und die Vertragsverpflichtungen strikt erfüllen.

Zur Zeit ist es wichtig, eine neue, ich würde sagen, entschiedene Umstellung von der Bildung einzelner Pachtgenossenschaften zur Arbeit sämtlicher Wirtschaftsbereiche auf der Pachtgrundlage zu vollziehen, damit sie gegenseitig verbundene innerbetriebliche Arbeitszyklen erfassen.

Dabei ist es äußerst wichtig, keine Entstellung der Idee und keine Versuche zuzulassen, für Pachtverhältnisse solche Wirtschaftsformen auszugeben, bei denen die Pachtgrundsätze deformiert sind, oder sogar gänzlich fehlen. Man muß jegliche Formen der Verstaatlichung der Genossenschaften und der administrativen Eingriffe in die Angelegenheiten der Produktionskollektive ausschalten.

Die Umgestaltung der Eigentumsformen zieht eine Veränderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Stadt und Land und den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft nach sich auf der Grundlage einer weiteren Entwicklung der Ware—Geld—Beziehungen.

Im Grunde genommen sind wir dafür, Genossen, daß die auf wirtschaftlicher Rechnungsführung beruhenden Beziehungen mit den Pächtern sich durch eine freie Wahl der Art und Weise des Produktionsabsatzes kennzeichnen. Dazu werden wir früher oder später unbedingt kommen.

Es ist vollkommen klar: Werden die Kolchose und Sowchose sowie die Pachtkollektive für die erarbeiteten Mittel leben müssen, so werden sie gezwungen sein, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in größerem Umfang, besserer Qualität und mit weniger Aufwand zu produzieren. Dann werden wir die Möglichkeit bekommen, diejenigen Produktionsarten in solchem Umfang einzukaufen, wie sie erforderlich sind, um einen Staatslebensmittelfonds zu schaffen.

Doch ist das eine Sache der Zukunft. Zwischen der heutigen Situation, von der wir die Fortbewegung beginnen, und der Zeit, wo der neue ökonomische Mechanismus in vollen Gang gebracht werden wird, ist natürlich eine Übergangsperiode unvermeidlich, in deren Rahmen verschiedene Formen, darunter auch der Staatsauftrag, genutzt werden müssen.

Die den Aufgaben der Übergangsperiode entsprechenden Maßnahmen sind in den Ihnen vorgelegten Dokumenten dargelegt.

Hier möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Staatsauftrag lenken. Indem wir in der jetzigen Etappe seine Notwendigkeit anerkennen, müssen wir dafür sorgen, daß der Staatsauftrag sich nicht in eine verhüllte Form von Druckmethoden der Beschaffungen verwandelt, die uns aus früheren Erfahrungen gut bekannt sind. Wir setzen uns natürlich für Aufkaufsdisziplin ein. Doch muß das eine Disziplin der gegenseitigen vertraglichen Verpflichtungen bei unbedingter ökonomischer Verantwortung sowohl des Produzenten, als auch der Beschaffungsorganisation sein. Hier muß selbstverständlich auch die Kontrahierung auf der Grundlage der gegenseitigen Interessiertheit des Produzenten und der Beschaffungsorganisation ihre Rolle spielen.

Dabei haben wir aber schon heute folgendes Prinzip fest im Gesetz zu verankern: Nach der Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Kontrahierungsvertrags realisiert der Produzent den Rest der Produktion nach seinem Ermessen — sei es an die Beschaffungs- oder Handelsorganisationen, an die Verarbeitungsbetriebe, die Konsumgenossenschaften, auf dem Markt oder zur Gemeinschaftsverpflegung.

Selbstverständlich erhebt sich die Frage: Warum ist eine Übergangsperiode nötig, welche Aufgaben müssen in dieser Zeit gelöst werden? Die Notwendigkeit solch einer Übergangsperiode ist objektiv durch den heutigen Stand sowohl der Wirtschaft, der Finanzen und des Geldumlaufs, als auch durch die Lage auf dem Binnenmarkt bedingt und zugleich auch mit der Notwendigkeit der Durchführung einer Preisbildungsreform verbunden.

In allen diesen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben wir sehr viel zu tun und die Situation zu verbessern. Darauf ist eigentlich auch die radikale ökonomische Reform abgezielt. Sie schließt auch die Preisbildungsreform mit ein.

Das vorhandene System der Preise hat sich im Laufe von Jahrzehnten gestaltet, es hat viele Überlagerungen und entspricht heutzutage nicht mehr den objektiven ökonomischen Verhältnissen. Praktisch verbessern sich die preismäßigen Beziehungen der Landwirtschaft und der Industrie gar nicht, immer mehr wächst die Kluft zwischen den Aufkaufs-, den Industrie- und den Einzelhandelspreisen, was sich auf den Zustand der Ökonomik, die Finanzlage der Kolchose, Sowchose und Industriebetriebe des ganzen Landes auswirkt. Viele Betriebe sind nicht imstande, die Reproduktion zu erweitern und um so mehr ihre soziale Probleme zu lösen.

Wir stehen vor der objektiven Notwendigkeit der Schaffung eines qualitativ neuen, gut koordinierten Systems der Aufkauf-, Industrie- und Einzelhandelspreise, orientiert auf die Intensivierung und Stimulierung der Produktion hochwertiger Erzeugnisse in den dafür meistgeeigneten Zonen, der Beseitigung des Defizits und der Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Der neue Preismechanismus muß zu einem effektiven Instrument zur Herausbildung progressiver Proportionen, von strukturellen Fortschritten in Produktion und Konsumtion sowie zur Erhöhung der Endresultate werden. Das ist unser prinzipieller Kurs.

Wir müssen uns klar vorstellen, daß es ohne die Reform der Preise und des ganzen Systems der Preisbildung unmöglich ist, die Aufgaben der Umgestaltung der Ökonomik zu lösen, neue Methoden des Wirtschaftens einzuführen und einen sozialistischen Markt zu gestalten.

Einer ernsten Vervollkommnung bedürfen auch die Aufkaufpreise. Ihr Niveau für einige Arten hochqualitativer Produktion ist derart niedrig, daß es die Entwicklung und rationelle Unterbringung spezialisierter hochleistungsfähiger Warenproduktionsbetriebe nicht stimuliert. Dies alles fordert eine eingehende ökonomische Analyse und die entsprechenden Lösungen.

In den Ihnen vorgelegten Dokumenten ist vorgesehen, ab Januar 1990 neue Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuführen. Es wird beabsichtigt, in diese Preise die heute geltenden Zuschläge einzuschließen, rapide die Zahl der Preisgürtel zu verringern, und die Produktionserzeugung in den Gebieten mit besonders günstigen Verhältnissen maximal zu stimulieren. Zugleich wird vorgesehen, die Preisbildung flexibler zu machen. Damit sie nicht allein Sache der Behörden ist, gilt es, den zentralisiert festgelegten Kreis der Preise zu verringern. Und umgekehrt muß man für die Anwendung der Vertragspreise, besonders für frühreifende, saisonbedingte und leichtverderbliche Erzeugnisse wie Kartoffeln, Gemüse und Obst, so wie es in letzter Zeit in den meisten sozialistischen Ländern getan wird, einen größeren Spielraum gewähren.

Solch ein Vorgehen wird, wie die Erfahrungen zeigen, die Vergrößerung und die Qualitätsverbesserung der Produktion stimulieren.

Freilich kann das in der ersten Etappe zu einer gewissen Erhöhung der Einzelhandelspreise für diese Erzeugnisse führen. Um ihre Steigerung zu stoppen, wird den örtlichen Sowjets das Recht gewährt, Grenzeinzelhandelspreise für Kartoffeln, Gemüse und Obst festzulegen.

Was die Einzelhandelspreise für solche Hauptnahrungsmittel wie Brot, Mehl, Graupen, Fleisch, Fisch, Eier, Milch, Butter und Öl, sowie Erzeugnisse der Kinderernährung betrifft, so werden die Staatseinzelhandelspreise für sie in den nächsten zwei bis drei Jahren auf dem jetzigen Niveau bleiben.

Alle Bereiche unserer Ökonomik sind zu einem neuen Mechanismus zu den Prinzipien der Selbstfinanzierung und Selbstverwaltung übergegangen. Dadurch kommen nicht selten Gruppenegoismus und Bestrebungen zur Festlegung unbegründet hoher Preise auf. Um einen äquivalenten Austausch zwischen dem Agrarsektor und anderen Volkswirtschaftsbereichen aufrechtzuerhalten, ist es sehr wichtig, keine Disproportionen in der von der Industrie gelieferten Produktion zuzulassen. Zu diesem Zweck muß eine Preisparität ausgearbeitet und ein Mechanismus seiner Aufrechterhaltung geschaffen werden. Auf Regierungsebene oder vielleicht auch auf der Ebene des obersten Machtorgans muß darüber eine entsprechende Kontrolle ausgeübt werden.

Natürlich können bestimmte Preisveränderungen unter Berücksichtigung des Aufkommens neuer Arten von Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen und einer realen Verbesserung ihrer Qualität erfolgen. Dies muß aber immer bilanziert und wechselseitig berücksichtigt werden.

Ein besonderer Gesprächs- und Erörterungsgegenstand sind die Probleme der wenig rentablen und verlustbringenden Kolchose und Sowchose sowie der Verarbeitungsbetriebe, die Hebung ihres Verantwortungsgefühls gegenüber unserem Land. Das ist eine große Frage, die die Geschicke vieler Menschen und eines beträchtlichen Teils unseres Agrarsektors berührt.

Alle sehen ein, daß man ein konkretes Herangehen an den jeweiligen Betrieb dieser Art finden muß. Den meisten davon dürften die Erfahrungen passen, die die Genossen aus Orjol gesammelt haben. Sie haben die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme des Dorfes sowie die Effektivitätssteigerung der Wirtschaftsführung energisch in Angriff genommen und auf dieser Grundlage die nötigen Bedingungen zur Versorgung schwacher Betriebe mit Kadern geschaffen. Viele von Ihnen konnten selbst sehen, daß sich die Situation in der Landwirtschaft im Gebiet Orjol zum Besseren wandelt, und zwar ziemlich rasch. Also gilt es, diese Erfahrungen auszuwerten.

Wir müssen auch das Schicksal der Agrarbetriebe erörtern, die in den Bergen, im Norden und in anderen äußerst ungünstigen Naturverhältnissen gelegen sind. Hier wird man, zumindest in der ersten Etappe, ohne staatliche Hilfe nicht auskommen können.

Unter den zurückgebliebenen Betrieben gibt es auch solche, die die Perspektive der selbständigen Entwicklung verloren haben. Hier muß man wohl zu radikalen Maßnahmen greifen. In einigen Fällen ist es zweckmäßig, die Ländereien dieser Agrarbetriebe starken Kolchosen und Sowchosen sowie anderen Betrieben, Kollektiven und Familienpächtern zu übergeben und die real existierenden Möglichkeiten für die Entwicklung von Nebengewerbe zu nutzen. Ich denke, daß man damit sofort beginnen muß, um schon in den nächsten zwei bis drei Jahren diese Probleme im Interesse der Gesellschaft und

(Fortsetzung S. 3)

Über die Agrarpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen

(Fortsetzung)

unter Berücksichtigung der Belange der Menschen zu lösen, die in diesen Kolchosen und Sowchosen tätig sind.

Augenfällig ist auch die Unvollkommenheit der finanziellen und Kreditsicherung des Agrarsektors. Sie vermag nicht, mit den Ereignissen Schritt zu halten, neigt zu übermäßiger Reglementierung und stimuliert zu schwach den Unternehmungsgeist und das berechtigte Risiko.

Es gilt, die Tätigkeit der Banken, besonders der Bank des Agrar-Industrie-Komitees, von Grund auf umzugestalten. Man muß es erreichen, daß sie ein reales Interesse an der Produktionsentwicklung an den Tag legen und zu guten Geschäftspartnern werden. Es sind Impulse zur Entwicklung des Systems der Kooperativbanken und Aktiengesellschaften notwendig, um zur Verbesserung der ökonomischen Tätigkeit der Agrar- und Industriebetriebe die persönlichen Ersparnisse ihrer Mitarbeiter aktiver heranzuziehen.

Auch in den Wechselbeziehungen des Haushaltes und der verarbeitenden Betriebe ist nicht alles in Ordnung. Es ist bekannt, daß viele Zweige der Nahrungsmittelindustrie, sogar solche wie die Zuckerverarbeitung sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden und keine Mittel zur Rekonstruktion und zur normalen Entwicklung der Infrastrukturen besitzen. Die bei ihnen verbleibenden Gewinnabführungen gestatten es ihnen nicht, sich normal zu entwickeln. Man muß sich über diese Situation volle Klarheit verschaffen.

Wir sind verpflichtet, die nächste Fünfjahrplanperiode mit einem gut funktionierenden Mechanismus der finanziellen Wechselbeziehungen der Betriebe mit dem Staatshaushalt, zu beginnen. In Verbindung damit müßte die Erarbeitung von wissenschaftlich begründeten Normativen der Einkommensteuern und der Abführungen in den Haushalt auf der Grundlage von Rentenzahlungen beschleunigt werden. Die Aufstellung einer Ordnung des Eingangs von Mitteln in die Haushalte der örtlichen Sowjets ist von prinzipieller Bedeutung.

Unter den Bedingungen der Eigenfinanzierung ist es wichtig, den Platz der Haushaltsinvestitionen zu bestimmen. Sie werden in allen Ländern angewendet und gestatten es, die Finanzstabilität der Produzenten, vor allem unter extremalen Bedingungen aufrechtzuerhalten, helfen ihnen bei der Anschaffung neuer Technik, bei der Aneignung neuer Technologien und bei der Lösung sozialer Probleme. Die Haushaltsmittel sind auch eine entscheidende Quelle für die Realisierung großzügiger Programme zur Entwicklung von Wissenschaft und Produktion.

Sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht darf die Frage nach der in vielen Jahren entstandenen Kreditverschuldung der Kolchose, Sowchose und anderer Betriebe des Agrar-Industrie-Komplexes nicht umgangen werden. Es wäre ungerecht, die Schuldlast vollständig den Agrarbetrieben selbst aufzubürden, denn sie ist nicht nur eine Folge von Mängeln in der Wirtschaftstätigkeit, sondern auch beim nichtäquivalenten Austausch.

Die Frage wurde am Vorabend des Plenums sowohl von der Regierung, als auch vom Politbüro des ZK gründlich erörtert. Die reale Situation sieht so aus, daß die heutige Finanzlage des Landes, die von einem gewaltigen Defizit des Staatshaushaltes charakterisiert wird, unsere Möglichkeiten bei der Liquidierung der entstandenen Verschuldigungen einschränkt. Und dennoch wurde es als sinnvoll errachtet, eine Lösung dieses Problems zu finden, und zwar nicht auf der Grundlage eines undifferenzierten Vorgehens, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage jedes einzelnen Agrarbetriebes.

Genossen! Wir alle verstehen sehr gut, daß die Umgestaltung der Agrarverhältnisse die radikale Veränderung des Leitungssystems des Agrar-Industrie-Komplexes sowie, offen gesagt, die Liquidierung des existierenden administrativen (behördlichen und territorialen) Systems der Leitung der Landwirtschaft und des Agrarsektors der Wirtschaft insgesamt voraussetzt.

Gegenwärtig befinden sich die Landwirtschaftsbetriebe hinsichtlich der Leitung in zweifacher Abhängigkeit. Einerseits, unterstehen sie ihren übergeordneten Organen auf behördlicher Linie. Jedoch nicht weniger und vielleicht sogar stärker werden sie von den örtlichen Partei- und Staatsorganen geleitet, von Rayonebenen an beginnend.

Dieses System ist vor langer Zeit, bereits während der Kollektivierung entstanden. Die örtlichen Organe haben die gesamte Tätigkeit der Landwirtschaftsbetriebe streng kontrolliert. Praktisch haben die Rayonämter den Agrarbetrieben Aufgaben beim Umfang und bei der Struktur der Produktion erteilt, die Zeitpunkte der Ausführung dieser Arbeiten bestimmt und sich in alle Angelegenheiten innerhalb der Betriebe eingemischt. Dabei trugen sie keinerlei ökonomische Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen.

Die Umgestaltung setzt eine grundlegende Veränderung des Systems der Leitung des Agrarsektors auf allen seinen Ebenen voraus.

Das moderne Leitungssystem des Agrar-Industrie-Komplexes muß auf den allgemeinen Prinzipien unserer ökonomischen Reform basieren.

Gemeint sind die Gewährleistung der wirklichen Priorität der Grundbausteine der Ökonomie — der Agrar- und Industriebetriebe, der energische Übergang zu ökonomischen Leitungsmethoden, die allmähliche Einführung der Prinzipien des Großhandels, die Beherrschung der Hebel der Ware-Geld-Beziehungen. Das neue System muß auch in vollem Umfang den Forderungen unserer politischen Reform entsprechen. Ich meine damit vor allem den Übergang zu der Machtvollkommenheit der Sowjets in ihren Territorien, die gewaltige Steigerung der Rolle der Arbeitskollektive, die wahre Demokratisierung der Leitung auf allen Ebenen.

In den zum Plenum vorbereiteten Vorschlägen wird über die allgemeine Beseitigung der Rayon-Agrar-Industrievereinigungen (RAPO) gesprochen. Ich meine damit, daß die RAPOs überall dort aufzulösen sind, wo sie noch bestehen.

Dabei gehen wir davon aus, daß sich niemand in die operative Wirtschaftstätigkeit der Kolchose und Sowchose einmischen darf, um so mehr nicht in die der Bauernwirtschaften und individuellen Nebenwirtschaften.

Gemeint ist damit auch, daß die Agrarbetriebe auf dem strengen Prinzip der Freiwilligkeit auf kommerzieller Basis, und auf den Prinzipien des gegenseitigen Vorteils die entsprechenden auf wirtschaftlicher Rechnungsführung basierenden Formationen zur Erfüllung der Funktionen des technischen Reparaturdienstes, des Bauens und anderer Dienstarten, für den Transport und den Absatz der Erzeugnisse sowie für den Bau von Gemeinschaftsbetrieben oder Objekten sozialer Bestimmung gründen können.

Im Rayon können die Versammlungen von Vertretern der Agrar- und Industriebetriebe auf demokratischer Grundlage einen Rat zur Koordinierung von geschäftlicher Zusammenarbeit bei der Lösung der jeweiligen Fragen gründen, der die gemeinsamen Interessen vertritt. Der Rat und sein Apparat erhält keine administrativen und Verfügungsfunktionen.

Wir denken, daß das von prinzipieller Bedeutung ist, denn im Endergebnis ist der Ausgangspunkt aller unserer Vorschläge — die vollständige Selbständigkeit der Produzenten. Das Arbeitskollektiv bestimmt die Struktur und den Charakter der Produktion selbst, löst alle praktischen Fragen und trägt die volle Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Wirtschaftstätigkeit.

Eigentlich ist der Prozeß der Entstehung neuer Leitungsformen des Agrar-Industrie-Komplexes schon im Gange, wobei die große Vielfalt der Verfahrensweisen bereits offensichtlich ist. Und das kann nur begrüßt werden.

In fast 2 000 Rayons wurden anstelle des administrativen Apparats der RAPO auf demokratischem Wege, durch die Willensäußerung der Arbeitskollektive, Wahlorgane geschaffen.

Wir müssen den Erfahrungen bei der Arbeit der Agrokombinate, der Agrofirmen und Vereinigungen Aufmerksamkeit schenken. Bereits jetzt sind im Lande über 300 davon tätig, unter ihnen 110 genossenschaftliche Agrar-Industrie-Vereinigungen.

Wir denken, daß bei der Wahl der Leitungsformen jedweder Druck ausgeschlossen werden muß. Bei all ihrer Vielfalt müssen ihnen als Gemeinsamkeiten Selbständigkeit und Selbstverwaltung, ökonomische Leitungsmethoden der Wirtschaftstätigkeit, ausgeprägte genossenschaftliche Grundsätze, die Herstellung von Integrationsbeziehungen in Produktion, Verarbeitung und Absatz eigen sein.

Die Vorschläge, die die Gebiets-, Region- und Republikebenen der Leitung betreffen, sind in Dokumenten dargelegt und entsprechen insgesamt den Aufgaben, die sich aus der grundlegenden Umgestaltung der ökonomischen Beziehungen auf dem Lande ergeben.

Im Grunde genommen, stützen wir uns auch in diesem Fall auf Erfahrungen, die schon real existieren. Ich meine damit, daß auf Gebietsebene sich ebenfalls neue Leitungsformen des Agrar-Industrie-Komplexes ihren Weg bahnen.

Die bisher wirkenden Leitungsorganen des Agrar-Industrie-Komplexes, die mit Direktivfunktionen ausgestattet waren, werden von Wirtschaftsformationen ersetzt, die auf die Initiative von unten her entstanden sind.

Ihre Funktionen ändern sich ebenfalls grundlegend. Der Sinn der Tätigkeit solcher Formationen besteht darin, daß sie bei der Lösung von Fragen, die über den Rahmen der Rayonformationen hinausgehen und Koordinierung auf hohem Niveau erfordern, reale Hilfe leisten.

In Verbindung damit taucht ganz natürlich die Frage auf, wie wir in der nächsten Etappe der politischen Reform auf neue Art die Wechselbeziehungen der Sowjets und der Exekutivkomitees einerseits und die der Sowjets und der neuen Agrarformierungen auf Rayon-, Gebiets- und Regionsebene andererseits gestalten sollen. Jetzt, da ein Gesetz über die lokale Selbstverwaltung und die Lokalwirtschaft vorbereitet wird, ist es notwendig, diesen gesamten Fragenkomplex gründlich zu durchdenken und dabei zu berücksichtigen, daß sich die Lage der Sowjets und auch die Wirtschaftssituation auf dem Lande selbst kolossal verändern werden. Folglich gilt es, neue Mechanismen der Wechselbeziehungen zu erarbeiten.

Die Frage der Leitung des Agrar-Industrie-Komplexes auf der Ebene der Unionsrepubliken muß im Kontext des schon vorbereiteten und veröffentlichten Projekts des Dokumentes über die allgemeinen Prinzipien der Umgestaltung der Leitung der Wirtschaft und der Sozialsphäre in den Unionsrepubliken durch die Erweiterung ihrer souveränen Rechte, ihrer Selbstbestimmung und Eigenfinanzierung betrachtet werden.

Im Prinzip handelt es sich um die Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken bei der Lösung aller Probleme des Agrar-Industrie-Komplexes und um die Erhöhung ihrer Verantwortung für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ihrer Region. Aber auch in diesem Fall müssen die Funktionen der entsprechenden Organe das Wesen der grundlegenden Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande berücksichtigen. Das bedeutet, daß auch auf der Republiksebene die Leitungsorgane, die mit dem Agrar-Industrie-Komplex verbunden sind, sich nicht in die Wirtschaftstätigkeit der Kolchose, Sowchose und anderer Betriebe des Agrar-Industrie-Komplexes einmischen dürfen. Die Agrar-Industrie-Komitees der Republiken müssen ihre Aufgaben auf der Grundlage wirtschaftlicher Verfahrensweisen und der Ausnutzung ökonomischer Methoden der Prozeßregulierung lösen.

Was die Leitung auf Unionsebene betrifft, so war auch diese Frage Gegenstand der eingehendsten Überprüfung. Im Ergebnis wurden Vorschläge über die Auflösung des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR und die Schaffung eines ständig wirkendes Organs — der Staatlichen Kommission des Ministerrates der UdSSR im Bereich Lebensmittel und Aufkauf formuliert.

Dieser Schritt entspricht unserer Linie auf die Hebung der Rolle der Regierung bei der Lösung der Grundfragen der Volkswirtschaft, einschließlich der Verantwortung für die Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes und für die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln.

Genossen! Die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Lande bietet uns die reelle Möglichkeit, tatsächlich mit der Lösung der Aufgabe zu beginnen, die uns in den letzten Jahren ernsthaft beunruhigt, doch bei der wir im Grunde genommen noch immer nicht vom toten Punkt gerückt sind. Ich meine den effektiven Einsatz des im Agrarsektor geschaffenen Potentials.

Tatsächlich, in den Jahren 1961 bis 1988 waren in die Landwirtschaft 884 Milliarden Rubel investiert worden. Heute verfügt der Agrar-Industrie-Komplex über gewaltige Produktionsfonds: Rund 360 Milliarden Rubel in der Landwirtschaft und 68 Milliarden Rubel in der Verarbeitungsindustrie. In den letzten zehn Jahren hat sich die Energieausstattung auf dem Lande, die Belieferung mit Technik und Düngemitteln auf etwa das 1,5fache vergrößert.

Offen gestanden, haben wir von diesem Riesenpotential nicht den nötigen Nutzeffekt. Infolgedessen verteuert sich die Produktion, die Fondseffektivität und die Rentabilität sind niedrig.

Wir haben es hier mit der Aufwandökonomik und all ihren für die Gesellschaft negativen und verlustbringenden Folgen zu tun. Bin überzeugt: Nach der Entfaltung einer umfassenden Arbeit zum Übergang zu den neuen ökonomischen Formen des Wirtschaftens bei der bestehenden materialtechnischen Basis lassen sich — dabei schon in der nächsten Zeit — beachtliche Ergebnisse in der landwirtschaftlichen Produktion und im gesamten Agrar-Industrie-Komplex erreichen.

Gerade zu solch einer Schlußfolgerung müssen wir ausgehend von der gesamten Analyse gelangen. Gerade davon müssen wir schon heute bei der praktischen Arbeit ausgehen.

Andererseits aber wird die Umgestaltung der Produktionsbeziehungen auf dem Lande — und das darf man mit Gewißheit behaupten — neue Technik und die Anwendung fortschrittlicher Techologien erfordern.

Fest steht auch die Prognose: Die neuen Formen des Wirtschaftens werden größeren Druck auf die Wirtschaftszweige ausüben, die Technik und andere Ressourcen für die Landwirtschaft produzieren.

Ihre vordringlichste Aufgabe, die, und dabei dringend, gelöst werden muß, — ist die Entwicklung von Maschinensystemen für den Ackerbau und für die Viehzucht, um schon in den nächsten Jahren die komplexe Mechanisierung der Landwirtschaft abzuschließen und die Arbeit der Bauern produktiver, schöpferischer und ansprechender zu machen.

Besonders akut sind die Probleme der Mechanisierung in solchen Zweigen wie der Gemüse-, Rüben-, Baumwoll- und Leinanbau. Schlecht steht es auch um die Mechanisierung in den Viehfarmen, vor allem in kleineren, wo der Anteil manueller Arbeit über 80 Prozent beträgt. Praktisch wenig Technik gibt es für Futteranbau, für Arbeiten in individuellen Nebenwirtschaften, und in den Bergen, auf Kleinfeldern, deren Gesamtfläche sich im Lande auf mehr als 30 Millionen Hektar beläuft.

Viele Jahre lang konstatierten wir nur die Schwäche der materiell-technischen Basis der Verarbeitungsindustrie, faßten diesbezüglich Beschlüsse, doch wesentliche Wandlungen zum Besseren traten nicht ein. Das Netz der Verarbeitungsbetriebe entspricht praktisch in allen Regionen des Landes nicht einmal dem gegenwärtigen Ausmaß der landwirtschaftlichen Produktion, und wir beabsichtigen sie ja noch zu vergrößern.

Genossen, die Ursache liegt nicht allein in der Unterentwicklung dieses Netzes, sondern auch im niedrigen technischen Niveau der Betriebe, im Mangel an fortschrittlichen technologischen Ausrüstungen zur hohen Veredelung, Abwägung und Verpackung der Erzeugnisse.

Wie mir scheint, haben wir gegenwärtig endlich ein realistisches Programm der Modernisierung der Verarbeitungsindustrie entwickelt. Zu diesem Zweck wurden 77 Milliarden Rubel Investitionen bereitgestellt. Zur Realisierung dieses Programms wurden nicht nur der zivile Maschinenbau, sondern auch Zweige der Verteidigungsindustrie herangezogen, es entfaltet sich die Zusammenarbeit mit den sozialistischen und kapitalistischen Ländern.

Die Arbeit kam vom Fleck, ihr Ausmaß vergrößert sich, gegenwärtig besteht die Zuversicht, daß diese Aufgaben schon in der nächsten Zeit gründlich gelöst werden können. Dazu sind jedoch koordinierte und erhebliche Bemühungen der Auftraggeber, Projektanten und Maschinenbauer notwendig. Vorläufig aber ist die Sache so beschaffen, daß in den Jahren 1986 bis 1988 die Investitionen sogar in den Betrieben, die mit Installierung importierter Satzausrüstungen gebaut werden, nur zu 78 Prozent in Anspruch genommen wurden.

Es ist allbekannt, wie akut das Problem der Lebensmittelversorgung in solchen Industriegroßzentren wie Krasnojarsk, Nowokusnezk, Nowosibirsk, Swerdlowsk und Jaroslawl ist. Aber auch hier läßt sich die Einstellung zum Bau von Objekten der Verarbeitungsindustrie nicht anders als empörend bewerten. Und wo bleiben die örtlichen Sowjets? Die Parteiorganisationen und Kommunisten in leitenden Funktionen?

Nein, Genossen, bei solch einer Einstellung zur Sache kommen wir nicht weit voran. Indem wir die Aufgabe einer weiteren Vergrößerung des Baus von Maschinen, dabei der verschiedensten — für den Ackerbau, für die Viehzucht, für die Verarbeitungsindustrie, für Pächter und Genossenschaftler, für individuelle Nebenwirtschaften, für Bedingungen verschiedener Landeszonen stellen, müssen wir äußerst prinzipell die Frage der Qualität und Betriebszuverlässigkeit der Technik, der Ausrüstungen und anderer Produktionsmittel aufwerfen.

Die Mitarbeiter des Agrarsektors verweisen mit vollem Recht darauf, daß die Maschinenbauer, ihre Monopolstellung nutzend, dem Dorf nicht selten kostspielige Maschinen veralteter Konstruktionen mit geringer Betriebszuverlässigkeit und Effektivität aufzwingen. Das ist sowohl für die Landwirtschaft als auch für das gesamte Land verheerend. Es handelt sich ja um einen Produktionsbereich von gewaltigem Ausmaß, in dem zahlenmäßig starke Kollektive arbeiten, riesengroße Kapazitäten in Betrieb sind, viel Metall, Brennstoff und Elektroenergie verbraucht werden. Und all das wird in bedeutendem Maße durch die geringe Qualität der Maschinenbauproduktion entwertet.

Die minderwertige Technik zwingt die Landwirtschaft, einen äußerst kostspieligen Reparaturdienst zu unterhalten, in dem gegenwärtig mehr als 1 Million Personen beschäftigt sind — mehr als im gesamten Landmaschinenbau. Kein anderes Land erlaubt sich eine Verschwendung solcher Art!

Wo geht denn das hin: Wir sind die weltgrößten Produzenten von Traktoren, zugleich aber hört man auf Schritt und Tritt Klagen über den Mangel daran. Das ist die direkte Folge der rückständigen Struktur der Produktion und der geringen Qualität der Maschinen.

Die Maschinenbauer sagen oft, daß die Technik wegen des unbefriedigenden Berufsniveaus der Kader, des schlechten Betriebs- und Reparaturdienstes in den Kolchosen und Sowchosen schnell ausfällt. Ich glaube, dem ist es wirklich so. Aber, Genossen, auch in den führenden Agrarbetrieben, die über qualifizierte Kader und die notwendige Reparaturbasis verfügen, gibt es nicht weniger Klagen über die Qualität der Technik.

Dürfen wir uns denn auch weiter damit abfinden, daß die einheimische Technik den ausländischen Analoga in vielen Kennwerten nachsteht? Heute steht die Frage so: den Agrarsektor mit der Technik versorgen heißt vor allem ihre Qualität und Zuverlässigkeit steigern.

Da müssen wohl die Regierung und ihr Büro für Maschinenbau dieses Problem von staatlicher Bedeutung zusammen mit dem Staatlichen Plankomitee der UdSSR und mit den Wissenschaftlern und Fachleuten, mit den Produzenten und den Konsumenten kardinal durcharbeiten und dessen Lösung finden.

Und hier kommen wir ohne weitere strukturelle und qualitative Umwandlungen in der technischen Politik nicht umhin. Die Maschinenbauer müssen unter solche ökonomischen Bedingungen gestellt werden, die die Herstellung schlechter Technik ausschließen würden.

Wie die Erfahrungen zeigen, ist der Großhandel ein effektives Mittel des Kampfes gegen das Aufzwingen der unnötigen und unbrauchbaren Technik und gegen das Monopol der Hersteller. Er entspricht am besten den neuen ökonomischen Beziehungen.

Über die Formierung der zeitgenössischen Basis des Agrar-Industrie-Komplexes im Sinne der Lösung des Lebensmittelprogramms sprechend, kann man auch die Frage der Verluste bei der Ernteeinbringung, Beförderung, Lagerung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht umgehen.

Unsere Verluste bei der Ernteeinbringung und Aufarbeitung des Getreides machen 15 bis 20 Millionen Tonnen aus. Fast genausoviel geht im Stadium der Lagerung und Verarbeitung verloren. Insgesamt kommt das unserem Ankaufsvolumen im Ausland gleich, Genossen.

Wegen des schwachentwickelten Netzes der Fleischkombinate, ihres geringen technischen Niveaus und der wenig effektiven Nutzung des Rohstoffes machen die Verluste von Fleisch, sogar laut bescheidenen Berechnungen, etwa 1 Million Tonnen aus. Und das bei dem akuten Mangel an Lebensmitteln. So sind die Maßstäbe des Problems.

Die Wichtigkeit der Schaffung einer zeitgenössischen Basis der Verarbeitungsindustrie betonend, darf man nicht vergessen, daß vieles von den Wirtschaftsmethoden, vom Verhalten der Menschen zur Sache, von ihrer schwachen Interessiertheit an den Endergebnissen der Arbeit abhängt. Stände der Mensch unter anderen ökonomischen Bedingungen, würde er sich mit den Verlusten, mit Mißwirtschaft und Verschwendertum nicht abfinden. Somit muß auch diese Aufgabe gelöst werden.

Genossen! Heute, wo wir die ökonomischen Beziehungen auf dem Lande von Grund auf umgestalten, bildet sich eine günstige Situation, um die Landwirtschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution organisch zu verbinden, den Übergang zu den neuen Technologien, zur aktiven Auswertung der Erkenntisse der Biotechnologie, Selektion, Agrarchemie, zu all dem abzusichern, was die Effektivität der Landarbeit wesentlich steigern soll. Wovon zeugen die Welterfahrungen? Große Erfolge vieler Länder im Anwachsen der Nahrungsmittelressourcen sind in bedeutendem Maße mit der Erschließung der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbunden, mit all dem, was „grüne Revolution" genannt wurde.

Die Notwendigkeit der verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber der Auswertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse wird auch durch jene Naturverhältnisse bedingt, unter denen wir unsere Landwirtschaft betreiben. Bekanntlich können sie — mit wenigen Ausnahmen — nicht als besonders günstig bezeichnet werden. Aber wir sind nicht imstande, das Wetter und die Klimaverhältnisse zu ändern. Es kommt darauf an, daß man es lernen muß, in einer realen Situation zu handeln und eine stabile Versorgung des Landes mit Lebensmitteln sogar in den ungünstigsten Jahren zu sichern.

Warum ist das Beispiel der führenden Agrarbetriebe so wichtig? Weil es alle von der Notwendigkeit überzeugt, die Auswertung der Erkenntnisse der Wissenschaft und der neuen Technologien mit den neuen Methoden des Wirtschaftens und der Stimulierung der Beschäftigten zu verbinden.

Mit einem Wort, die Wissenschaft muß zum integrierenden Bestandteil der kardinalen Umgestaltungen in den ökonomischen Beziehungen und in der materiellen Basis des Agrarsektors werden.

Die Rolle der Wissenschaft muß anders sein, die Prinzipien ihrer Zusammenarbeit mit den Betrieben müssen auf beiderseitigem Interesse und auf wirtschaftlicher Berechnung beruhen.

Ich glaube, daß es uns eben daran mangelt. Wir gehen vorläufig um die Sache nur herum. Zu tiefe Wurzeln hat die Idee der „reinen Wissenschaft" geschlagen, die die Praxis und die Lösung der konkreten Aufgaben der Steigerung der Produktionseffektivität ignoriert.

Indem ich das sage, will ich keinesfalls die Bedeutung jener Arbeit schmälern, die die fortschrittlichen Agrarwissenschaftler leisten. Doch dieser Beitrag wäre viel effektiver und bedeutsamer, wenn die wissenschaftlichen Kollektive breiter Direktverbindungen zur Produktion herstellen könnten.

Deshalb unterstreiche ich nochmals: Die Schlüsselfrage ist hier dennoch der Übergang der Forschungseinrichtungen zu wirtschaftlicher Rechnungsführung, zu Vertragsbeziehungen.

Wie auch alle anderen Kollektive müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen Geldmittel erarbeiten, daraus ihre weitere Entwicklung finanzieren und ihre Möglichkeiten der Stimulierung wissenschaftlicher Forschungen sowie der materiellen Aufmunterung der Wissenschaftler ausbauen. Ein solches Herangehen würde alles richtig stellen, wahre Potenzen eines jeden aufzeigen und auch rasch spürbare Ergebnisse bringen.

Gewiß wird das von der Wissenschaft eine entschiedene Umgestaltung ihrer Arbeit und eine Hinwendung zu den Forschungen erfordern, die in erster Linie mit der Lösung des Lebensmittelproblems verbunden sind.

Ich glaube, daß dabei auch die wissenschaftlichen Produktionsvereinigungen, die Produktions- und wissenschaftliche Produktionssysteme vieles leisten können.

Aber das ist wiederum eine große Umgestaltung, Genossen. Und unsere Agrarwissenschaft kann mit vollem Recht mit dem Verständnis und der Unterstützung der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane rechnen, besonders, wenn es um die Formierung ihrer materiell-technischen Basis geht.

Neue Aufgaben stellt das Leben auch den Forschern im Bereich der Gesellschaftswissenschaften. Es gilt, das Problem des Eigentums, der Kooperation, des Pachtvertrags, der Ware-Geld-Beziehungen, der Interessen verschiedener sozialer Gruppen auszuarbeiten. Ein „weißer Fleck" bleibt im Grunde genommen die wirtschafts- und die gesellschaftsprognostische Tätigkeit. Schlecht erforscht sind die Gesetzmäßigkeiten der Strukturveränderungen, Proportionen und der Bilanzierung.

Genossen! Die Gesellschaft beteiligt sich heute aktiv an der Lösung der ökologischen Aufgaben. Diese Haltung der sowjetischen Öffentlichkeit ist auf jede Weise zu begrüßen und zu unterstützen. Es muß wirklich um die wissenschaftliche Begründetheit und die allseitige Abgewogenheit jeder wirtschaftlichen Lösung gehen. Andere Herangehensweisen sind da unannehmbar.

Gerade so müssen wir bei der Lösung der Fragen der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft und des Agrar-Industrie-Komplexes vorgehen und dafür sorgen, daß die Wirtschaftstätigkeit die Umwelt nicht schädigt, sondern, im Gegenteil, die ökologische Spannung mildert und die hier spruchreif gewordenen Probleme löst.

In der letzten Zeit entbrennen viele Diskussionen — häufig sehr emotionale — über Nutzen und Schaden der Melioration. Es gibt übergenug Gründe für das dringende Aufwerfen dieser Fragen: Beim Projektieren gleichwie bei der Einrichtung von Bewässerungsflächen ist es zu vielen Mißständen gekommen. Außerdem werden die Meliorationsflächen in vielen Fällen uneffektiv genutzt. Ein bedeutender Teil davon ist aus dem Umlauf ausgeschieden, dabei unwiederbringlich.

Es wäre aber falsch, daraus Schlußfolgerungen über die Unannehmbarkeit der Melioration als solcher zu ziehen. Die Naturbedingungen, unter denen wir die Landwirtschaft betreiben, sind kompliziert: In einigen Fällen können wir nicht ohne Bewässerung und in anderen wieder nicht ohne Entwässerung auskommen. Die jahrhundertelangen Erfahrungen zeugen davon, daß die Melioration, und vor allem die Bewässerung, in vielen Ländern eine entscheidene Voraussetzung für eine stabile garantierte Agrarproduktion ist.

Eine großangelegte Melioration wird in den Vereinigten Staaten von Amerika, China, Indien, in europäischen Ländern, im Grunde genommen überall betrieben. Die Gesamtmenge der Bewässerungsflächen in der Welt beziffert sich heute nach Schätzungen internationaler Einrichtungen auf über 200 Millionen Hektar.

Somit geht es um etwas anderes — darum, daß bei der Melioration der Natur kein Schaden zugefügt werde und daß es nicht zur Verschlechterung der Böden und zur Verschwendung der Volksmittel komme.

Bei uns aber ist dies in vielen Regionen gerade der Fall: Man hat Milliarden Rubel verausgabt, doch keinen entsprechenden Effekt erzielt. Dabei wurde dem Boden in mehreren Fällen noch ein großer ökologischer Schaden zugefügt.

Ich glaube, daß man die entstandene Situation aufmerksam analysieren und dazu präzise, wissenschaftlich begründete Herangehensweisen ausarbeiten muß. Jedenfalls ist es schon jetzt klar, daß es in erster Linie gilt, auf meliorierten Böden die gehörige Ordnung zu schaffen, die entsprechenden Maßnahmen zur rationellen Nutzung von Land und Wasser einzuleiten. Zugleich darf man die Lösung spruchreif gewordener ökologischer Probleme nicht hinausschieben.

Eine ähnliche Situation ist auch um das Problem der Chemisierung entstanden. Warum? Das hat den gleichen Grund: Es fehlt die erforderliche Aufmerksamkeit gegenüber technischen und technologischen Lösungen, die den negativen Einfluß sowohl der Produktion als auch der Nutzung chemischer Produkte auf die Umwelt ausschließen würden. Also handelt es sich wiederum um ein abgewogenes Vorgehen bei der Beschlußfassung.

Selbstverständlich können wir heute ohne Chemie nicht auskommen. Wir müssen aber entschieden die Kultur und die Verantwortung bei der Nutzung chemischer Mittel in der Produktion, bei ihrer Beförderung, Lagerung und besonders bei der Bodendüngung heben. Außerdem besitzen unsere Kader oft nicht die entsprechende Qualifikation. All das muß man gekonnt und schnell ändern.

Und noch eines. Aus mehreren Gründen wissen wir den Boden nicht mehr zu schätzen. In den meisten Regionen sinkt die Bodenfruchtbarkeit. Beträchtliche Flächen sind der Verwüstung, der Wind- und Wassererrosion ausgesetzt. In vielen Gebieten nimmt die Menge von Salz- und Sauerböden zu.

So darf man mit dem Boden weiter nicht umgehen, Genossen. Es ist Zeit, ein Gesetz über den Boden und dessen Nutzung vorzubereiten und zu bestätigen. Es gilt, unsere Gesetzgebungsmaßnahmen zum Schutz der Ländereien vor verschwenderischer Nutzung zu verstärken. Aber auch das genügt nicht. Mehr Beachtung muß wissenschaftlichen Methoden der Bodennutzung, der Einführung der Saatfolgen und bodenschonenden Technologien gelten. Das ist die direkte Pflicht aller Bodennutznießer.

Die Einsicht in die Kompliziertheit und Wichtigkeit der ökologischen Probleme hat uns von der Notwendigkeit überzeugt, ein nationales ökologisches Programm zu schaffen, dessen Realisierung die akuten Fragen lösen helfen und neue Verfahrensweisen bei der Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben schaffen würde. Es kommt darauf an, daß ihre Ausarbeitung gründlich, auf umfassender demokratischer Grundlage, bei Offenheit und unter Teilnahme der Öffentlichkeit, der Praktiker und Wissenschaftler erfolgt.

Einige Worte zur Investitionspolitik. Hier bildet sich eine neue Situation heraus. Es wäre Zeit, die Investitionspolitik so umzugestalten, daß sie die reale Notwendigkeit der Entwicklung des Agrarsektors widerspiegelt, die schwachen Stellen beseitigen hilft und eine proportionelle Entwicklung des materiell-technischen sowie des sozialen Bereichs gewährleistet.

In den Entwürfen der Dokumente, die Ihnen vorliegen, wird vorgeschlagen, die Investitionen vor allem für die Hebung des technischen Niveaus der Landwirtschaft, die radikale Neuausrüstung der verarbeitenden Industrie, des Beförderungs- und Lagerungsbereichs sowie für die Verringerung der Verluste zu bewilligen.

Wir müssen eine bilanzierte Entwicklung der ganzen Kette „Produktion — Beförderung — Lagerung — Verarbeitung — Absatz — Konsumtion der Agrarerzeugnisse" gewährleisten.

Eine solche Struktur der Investitionen wird es ermöglichen, bei Minimalaufwand einen höheren Effekt, vor allem durch Verringerung der Verluste und Vertiefung der Verarbeitung zu erzielen. Im dreizehnten Planjahrfünft wird geplant, bei einer Steigerung der Agrarproduktion um 16 Prozent die Produktion von Enderzeugnissen um 26 bis 30 Prozent zu vergrößern.

Die gegenwärtige Investitionspolitik muß auch etwas anderes, nämlich die wesentliche Änderung der Finanzierungsquelle, berücksichtigen. Wenn die Investitionen früher hauptsächlich von oben bereitgestellt und von der Zentrale aus über die Regionen und in einzelne Entwicklungsrichtungen des Agrarsektors verteilt wurden, so müssen die nötigen Mittel jetzt vor allem von den Produktionskollektiven selbst erwirtschaftet werden.

Wir können die Investitionsproportionen schon nicht mehr so rigoros reglementieren. Denn in jeder Region gleichwie in jedem Agrarbetrieb ist die Situation unterschiedlich. Diese Betriebe müssen selbst über die Frage entscheiden, wie und wofür die Investitionen zu verausgaben sind. In einem Fall muß das Schwergewicht auf dem Straßenbau, im anderen wieder auf der Verarbeitung und im dritten auf dem sozialen Bereich liegen. Ich glaube eine solche Fragestellung ist begründet und entspricht dem Kurs auf die Entwicklung der Selbständigkeit bzw. Dezentralisierung beim Fällen ökonomischer Entscheidungen.

Ganz ernstlich müssen wir uns für die Schaffung der entsprechenden Ressourcenbasis sorgen, damit die Mittel der Produktionskollektive sich in notwendigen Anlagen, Ausrüstungen und anderen Ressourcen materialisieren.

Nun, komme ich, Genossen, auf eine sehr brennende und aktuelle Frage zu sprechen, die das Alltagsleben von Millionen Menschen betrifft, nämlich die soziale Umgestaltung des Dorfes. Man muß zugeben, daß die für dieses Ziel bewilligten Ressourcen es nicht ermöglicht haben, das chronische Zurückbleiben des Dorfes hinter der Stadt zu überwinden. Viel schlechter ist auf dem Lande die ärztliche, handelsmäßige, kulturelle und dienstleistungsmäßige Betreuung organisiert, und die technische Sicherung des Wohnraumfonds ist in der Stadt zwei- bis fünfmal höher.

Die Lebensweise der Bauern hat ihre Anziehungskraft und Geltung eingebüßt. Die Menschen, besonders junge Leute, verlassen das Dorf. Die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Dorf übertraf viele Jahre deren natürlichen Zuwachs. Auf dem Lande ist die Mortalität der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter um 20 und die der Kinder um 50 Prozent höher als in der Stadt.

Großen Schaden hat dem Dorf die fehlerhafte Politik bei der Standortverteilung der Produktivkräfte zugefügt, die den Bau immer neuer Industriebetriebe in Großstädten in den Vordergrund stellte. Es kam soweit, daß sogar die Verarbeitung von Agrarerzeugnissen, die unmittelbar mit ihrer Rohstoffbasis verbunden ist, in Industriezentren betrieben wurde.

Auf dem Lande verschwanden die kleinen Molkereien, Ziegelbrennereien, Bäckereien und andere unentbehrliche Produktionsbetriebe. In den letzten Jahrzehnten wurden Grundschulen,

(Schluß S. 4)

Über die Agrarpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen

(Schluß)

medizinische Einrichtungen und Dorfverkaufsstellen in Eile geschlossen.

Das Vergessen der Belange des Dorfes und die Hyperentwicklung der Städte verursachten schwerwiegende soziale Überspitzungen und komplizierten das normale Funktionieren der Wirtschaft sämtlicher Regionen. Dadurch verengte sich der Tätigkeitsbereich der Dorfbevölkerung, vom Dorf wurden auch die ohnehin knappen Arbeitskräfteressourcen abgelenkt. Letzten Endes schuf das eine Überanspannung auch in den Städten und hatte einen äußerst negativen Einfluß auf die Lebensmittelversorgung.

Größte Besorgnis erregt der Umstand, daß die Pläne des sozialistischen Aufbaus hier trotz der schweren Lage des Dorfes zu niedrig angesetzt werden. In Worten setzen sich alle für eine raschere soziale Umgestaltung des Dorfes ein, in der Tat aber sieht man Trägheit, und offen gesagt, Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit.

Ihnen, Genossen, wird der Entwurf des Beschlusses zur Erörterung unterbreitet, in dem Maßnahmen zur Beschleunigung der sozialen Entwicklung des Dorfes umrissen sind. Die größten Prioritäten werden für den kommunalen und den Wohnungsbau eingeräumt. Es gilt, eine moderne Basis des ländlichen Bauwesens zu schaffen, aktiv Bauarbeiter aus der Stadt heranzuziehen, größtmöglich die Errichtung von Wohnungen in Reglebauweise sowie den individuellen Wohnungsbau zu entwickeln. Im dreizehnten Planjahrfünft muß sich das Tempo bei der Wohnraumübergabe auf dem Lande mindestens verdoppeln. Gerade davon muß man ausgehen.

Es tut ein großer Aufschwung von Arbeiten zur Gasifizierung, Fernheizung, Elektrifizierung und Wasserversorgung not. Die Dorfeinwohner stellen mit Recht die Frage, warum man das Dorf bei solch kolossalen Ressourcen, über die unser Land verfügt, auf Hungerrationen setzt und den Bauern mit all seinen Problemen sich selbst überläßt?

Im Grunde genommen brauchen wir ein prinzipiell neues Herangehen an die Lösung der Fragen des kommunalen Bauwesens auf dem Lande. In den meisten hochentwickelten Ländern werden sie mittels autonomer Systeme der Lebensversorgung gelöst. Kurzum, man muß sich über all das klarwerden.

Es gilt, das Landhaus, das Gehöft auf neue Art zubetrachten. Zunächst gilt es, beliebige Einschränkungen für die Größe der Bauten, für ihre Geschoßzahl und Architektur abzuschaffen. Mögen die Menschen so bauen, wie sie wollen. Ein schönes, haltbares und komfortables Haus, gebaut mit der Perspektive für viele Generationen der Dorfeinwohner, wird zu einem wahren Vaterhaus werden. Gerade solche Häuser werden die Gestalt des Dorfes umwandeln.

Eine sehr dringende Aufgabe ist der Straßenbau. Davon sind wir bei der Aufstellung der neuen Pläne ausgegangen. In dem Entwurf der Fünfjahrplanperiode ist vorgesehen, im Lande in den Jahren 1991 bis 1995 226 000 Kilometer Wirtschaftsstraßen mit fester Decke zu bauen, alle Kolchos- und Sowchoszentralen durch komfortable Straßen mit den Rayonzentren zu verbinden und eine regelmäßige Verkehrsverbindung zu organisieren. Ein Sonderprogramm der radikalen Verbesserung des Straßenbaus hat man bekanntlich für die Nichtschwarzerdezone der RSFSR beschlossen. Für diese Zwecke sind über 35 Milliarden Rubel investiert worden.

Zur sozialen Umgestaltung des Dorfes gehören der umfassende Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie von Handels- und Dienstleistungsbetrieben. Die saisonbedingte Beschäftigungslosigkeit der Bevölkerung kann in bedeutendem Maße herabgesetzt werden durch die Entwicklung der Hilfsbetriebe und Erwerbszweige sowie die Eröffnung von Außenstellen der Industriebetriebe, besonders für die Produktion von Konsumgütern. Eine Frage von staatlicher Bedeutung ist die radikale Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Frau auf dem Lande, die die gesellschaftliche und die Hauswirtschaft zu besorgen hat. All das muß man ins Geleise bringen, Genossen. Dabei, ohne es auf die lange Bank zu schieben und gründlich.

In Laufe der Vorbereitung des Plenums warfen die Sekretäre der ländlichen Rayonparteikomitees, die Leiter von Kolchosen und Sowchosen prinzipiell die Frage der Verbesserung der sozialen und Rentenversorgung der Kolchosbauern auf. Zur Zeit geht die Ausarbeitung des Entwurfs des neuen Rentengesetzes zu Ende, und es gilt, darin eine gerechte Lösung dieser Fragen zu finden.

Gegenstand besonderer Sorge ist das Schicksal der entvölkerten Gebiete und jener Territorien, wo es vorläufig nicht gelingt, die Migrationsprozesse einzustellen. Hier wird man wohl nicht ohne ein zielbewußtes Staatsprogramm auskommen, das die Übersiedlung der Werktätigen aus anderen Regionen fördern und ihnen die nötigen Bedingungen für ein normales Leben am neuen Ort schaffen würde.

Sie haben es wahrscheinlich bemerkt, daß die Entwürfe diesbezüglich konkrete Vorschläge enthalten. Sie schließen solche Fragen mit ein, wie der Bau komfortabler Wohnungen und Häuser mit ihrem darauffolgenden Verkauf zu persönlichem Eigentum zu Vorzugsbedingungen, die Stimulierung des Baus von Eigenheimen, die Bereitstellung von Materialien und Vorzugskrediten, die Leistung einmaliger Unterstützungen für die hauswirtschaftliche Einrichtung, unentgeltliche Versorgung der Zugereisten mit Vieh und Geflügel.

Aufgeworfen wird die Frage der Absicherung der Wohnungen für diejenigen Stadtbewohner, die den Wunsch geäußert haben, eine Zeitlang auf dem Lande zu arbeiten.

Ich nehme an, daß ein solches Vorgehen bei den Stadt- und Dorfeinwohnern, besonders in Regionen, wo ein Überschuß an Arbeitskräften besteht, Anklang finden wird.

Ein so umfassendes und zielgerichtetes Programm sozialer Wandlungen auf dem Lande wird gewaltige Bemühungen der gesamten Gesellschaft, die Aufmerksamkeit und beharrliche Arbeit der Parteiorganisationen, der Sowjets der Volksdeputierten erfordern.

IV.

Somit, Genossen, werden Ihnen Maßnahmen zur Erörterung vorgelegt, die eine radikale Wende in der Agrarpolitik der KPdSU vorsehen. Es handelt sich um großdimensionale politische und sozialökonomische Umwandlungen, die den vitalen Interessen der Menschen im Dorf und Stadt, der Bauern, Arbeiter und der Intelligenz, kurz den Interessen unserer ganzen Gesellschaft entsprechen.

Das Land steht vor radikalen Wandlungen im Dorf. Und es wäre naiv zu glauben, daß sie sich leicht und mühelos, so von selbst werden verwirklichen lassen.

Im Gegenteil, es wird eine gewaltige, angespannte und geduldige Arbeit sowohl zwecks Erläuterungen des Sinnes und der Bedeutung der neuen Agrarpolitik, der entschiedenen Umorientierung unserer Kader wie auch zwecks radikaler Veränderung der Methoden und Verfahrensweisen in der Tätigkeit der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane notwendig sein.

Das wichtigste politische Merkmal dieser Arbeit ist der vollständige Verzicht auf Methoden der Gewalt und des Drucks, auf die künstliche Forcierung der Umgestaltung auf dem Lande. Wir würden einen ernsten Fehler machen, wenn wir auch nur im geringsten auf Herumadministrieren abrutschen. Dieser Leitungsstil hat sich vollständig diskreditiert und Kriseerscheinungen im Agrarsektor und die gegenwärtige Situation mit der Lebensmittelversorgung herbeigeführt.

Bei der neuen Politik muß die konsequente Linie auf die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im Dorfe, auf selbständiges Wirtschaften, auf die Vielfalt der Formen, die die Initiative des Menschen von den Fesseln befreien, als Ausgangspunkt dienen. Begreiflicherweise muß diese Linie von der ungeschwächten Aufmerksamkeit für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauern, für die soziale Umgestaltung des Dorfes begleitet werden.

Es ist die Aufgabe der Parteiorganisationen, ohne Herumkommandieren zu leiten, durch eine sachkundige Arbeit mit den Menschen vorzugehen und deren Überzeugung zu festigen, daß nur sie allein ihr Schicksal bestimmen können und müssen. Das wird auch die ökonomischen Probleme zu lösen helfen und wird einen Fortschritt bei der demokratischen Entwicklung der sowjetischen Geselschaft darstellen.

Die neue Agrarpolitik muß eine zuverlässige Rechtsgrundlage erhalten, damit die Kolchosbauern, die Arbeiter der Sowchose und anderer Betriebe, die Genossenschaftler, Pächter, alle Werktätigen des Agrar-Industrie-Komplexes vom stabilen und langfristigen Charakter der neuen Politik überzeugt seien.

Hinter all dem stehen ernste politische, soziale, wirtschaftliche, organisatorische, Kultur- und Bildungsprobleme, die gedanklich erfaßt und in die Ebene praktischer Taten überzuleiten sind.

Durchaus gesetzmäßig ist die Frage: Womit soll man denn beginnen, was soll man in erster Linie tun? Ich denke, wir würden unüberlegt handeln, wenn wir hier auf dem Plenum sofort Rezepte für alle Lebensfälle erteilen würden. Denn die Realisierung der neuen Agrarpolitik wird sich unter den konkreten Bedingungen der jeweiligen Region und des jeweiligen Agrarbetriebs vollziehen.

Die einen Kollektive haben bereits Erfahrungen der Arbeit mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, unter Anwendung des Familienvertrags und der Pachtformen gesammelt. Die anderen wieder passen sich den neuen Aufgaben erst an. Ganz anders ist die Situation in verlustbringenden Agrarbetrieben, in den entvölkerten Dörfern, wo das Kaderproblem akut ist.

Und dennoch kann man wohl allen Parteiorganisationen und Arbeitskollektiven raten: Man sollte sich versammeln und die wichtigsten Thesen der neuen Agrarpolitik sowie die Dokumente des Plenums sorgfältig erörtern und sich für die Wahl der Formen der Wirtschaftsführung auf der Grundlage einer sorgfältigen Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen entschließen.

Es ist klar, wie groß und unersetzbar dabei die Rolle der Parteiorganisationen ist. Im Laufe der Realisierung der neuen Agrarpolitik muß der gegenwärtige Inhalt der Parteiarbeit, des Stils und der Methoden der Tätigkeit der Parteikomitees zur Entfaltung kommen. Sie müssen die Menschen von den Vorzügen der neuen Formen der Wirtschaftsführung überzeugen.

Mit einem Wort, man muß auf der Grundlage des breitesten Demokratismus handeln. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Um die Politik, die hier vorgeschlagen wird, ernsthaft zu erfassen, ist Zeit notwendig. Dabei ist es sehr wichtig, nicht zu eilen, übereilte Urteile und oberflächliche Schlußfolgerungen zu meiden. Und selbstverständlich ist es unzulässig, in Panik und in Verwirrung zu verfallen angesichts der ungewohnten Situationen, der nichtordinären und tiefgehenden Wandlungen. Man darf auch den Widerstand dem Neuen auf Grund alter Gewohnheiten, des dogmatischen Denkens, des sich herausgebildeten Arbeitsstils und der im Laufe von Jahrzehnten entstandenen Lebensweise nicht unbeachtet lassen. Man wird also auch die Psychologie der Dorfwerktätigen, daunter auch der leitenden Kader, ernsthaft umgestalten müssen.

Nicht minder wichtig ist es, daß sich bei der Verwirklichung der neuen Agrarpolitik der Partei in vollem Maße auch die neuen Funktionen aller Elemente der Sowjets der Volksdeputierten entfalten. Ihre gegenseitigen Beziehungen mit den Agrareinheiten und den Dorfwerktätigen müssen auf einer zuverlässigen Rechts- und Normativgrundlage aufgebaut werden.

Die Sorge um die rationelle Nutzung des Bodens und anderer Naturressourcen, der Schutz der Rechte der Pächter, die Entwicklung der sozialen und Kulturbasis des Dorfes — die Rolle der Sowjets ist hier nirgends wegzudenken. Die neuen Möglichkeiten gestatten es ihnen, die Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung effektiver zu beeinflussen.

Als ein mächtiger und effektiver Antrieb der Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen tritt auf dem Lande die Aneignung der bereits gesammelten Erfahrungen und deren schöpferische Auswertung auf.

Das Neue in der Politik muß die Partei- und Staatsfunktionäre, die Massenmedien und natürlich auch die Forschungsinstitutionen dazu anregen, die Neuererprozesse in der Landwirtschaft höchst aufmerksam zu erforschen und sie Gemeingut der breitesten Massen werden zu lassen.

Als außerordentlich aktuell bezeichnet die neue Agrarpolitik die Aufgabe, daß die Kader sich ökonomische Kenntnisse sowie das Vermögen aneignen, aktiv die Formen und Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu nutzen, selbständig und mit Unternehmungsgeist zu handeln.

Ich nehme an, daß wir auch folgenden Aspekt der praktischen Arbeit in vollem Maße einsehen müssen. Die Realisierung der Agrarpolitik wird gewaltige Bemühungen nicht nur der Dorfwerktätigen — obwohl der größte Teil der Arbeit auf ihren Schultern lasten wird —, sondern auch unseres ganzen Volkes erfordern.

Ihren Beitrag zu dieser volksumfassenden Sache müsse die Maschinenbauer, Chemie- und Bauarbeiter, Fachkräfte der Brennstoff- und Energiezweige, die Arbeitskollektive im Grunde genommen der ganzen Volkswirtschaft beisteuern. Vor allem gilt es, rechtzeitig und qualitätsgerecht die Aufträge des Agrarsektors zu erfüllen, damit auf der Grundlage der Vertragsbeziehungen reale Hilfe bei der sozialen Umgestaltung des Dorfes erwiesen sind.

Groß ist auch die Rolle aller Einheiten der sowjetischen Intelligenz — der Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler, der Konstruktions- und Projektierungsorganisationen bei der Entwicklung des Dorfes.

Wie ich bereits sagte, ist die rapide Hebung der Rolle und Verantwortung der Rayons, Bezirke, Gebiete, Regionen und Republiken für die Lösung der Fragen der Lebensmittelversorgung ein Bestandteil der neuen Agrarpolitik. Hierbei müssen wir — ich wiederhole es nocheinmal — entschieden das Schmarotzertum überwinden.

Hauptsache ist, daß die leitenden Kader die neue Situation und die Aufgaben, die ihnen das Leben stellt, gut einsehen. Reserven zur Verbesserung der örtlichen Versorgung gibt es in jeder Region, Genossen. Nur werden sie auf verschiedene Art genutzt.

Die einen haben es auch in der gegenwärtigen ökonomischen Situation verstanden, die Arbeit so zu organisieren, daß sie die Lieferungen an die zentralisierten Fonds erfolgreich erfüllen und die Lebensmittelversorgung bei sich wesentlich verbessern. Dabei handelt es sich nicht um zwei oder drei Gebiete. Solche Wandlungen sind in der zentralen Schwarzerdezone Rußlands, in Nordkaukasien, in mehreren Gebieten an der Wolga, in Sibirien, in der Ukraine, in Belorußland und Kasachstan erfolgt.

Leider stößt man auch auf ein anderes Verhalten gegenüber den Lebensmittelproblemen, gegenüber der Entwicklung des Dorfes insgesamt. Im Gebiet Tscheljabinsk mit seinen riesigen Bodenressourcen wurden zum Beispiel solche Verzerrungen in der Wirtschaft zugelassen, daß der Agrarsektor sich in einem höchst vernachlässigten Zustand erwies.

Oder nehmen wir die Gebiete Gorki und Kuibyschew. Das sind sehr reiche Regionen, mit gewaltigen potentiellen Möglichkeiten für die Produktion verschiedener Erzeugnisse, jedoch werden sie höchst unwirtschaftlich genutzt. Aus diesem Grunde gibt es hier ernste Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung.

Sehr schlecht werden die Reserven zur Eigenversorgung mit Milcherzeugnissen in den Gebieten Perm, Kemerowo und Dnepropetrowsk genutzt.

Die Arbeit zur Realisierung der neuen Agrarpolitik muß mit der Umgestaltung der Standpunkte und der Denkweise der Partei-, Staats- und Wirtschaftskader, mit der Überwindung der Konsumentenideologie begonnen werden, die nun mal sehr tiefe Wurzeln getrieben hat. In der neuen Agrarpolitik ist für die Konsumentenideologie kein Platz.

Genossen! Unsere Gesellschaft durchlebt tiefgreifende qualitative Wandlungen. Die Umgestaltung gewinnt an Kraft, sie vergrößert ihr eigenes Potential, das sich bereits offenbart und unvermeidlich einen immer größeren Einfluß auf die sozialökonomische und geistige Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft ausüben wird.

Der Prozeß der Erneuerung hat in sich organisch die ökonomische und die politische Reform aufgenommen und nimmt jetzt auch die Reform der Agrarbeziehungen auf.

Uns stehen wahrhaft grandiose Aufgaben bevor. Ihre Lösung wird gewaltige Bemühungen der ganzen Partei und des ganzen Volkes erfordern. Auf uns warten noch viele Engpässe, die wir werden überwinden müssen.

Wir alle müssen zu der schwierigen Arbeit bereit sein, die die Partei bewußt übernommen hat. Nicht auf halbem Wege stehenzubleiben, das Leben realistisch ehrlich und offen zu werten — das ist es, was wir gegenwärtig brauchen.

Doch die Hauptsache ist, vorwärtszugehen und jeden Schritt an den Interessen unseres großen Volkes, an den Interessen des Sozialismus zu messen.

Folkloregruppe fährt nach Frankreich

Die Werktätigen Frankreichs werden die ersten Besucher des Konzerts der Folkloregruppe „Salem" der Gewerkschaften Kasachstans sein, die sich nach Paris begeben hat.

„Unser Kollektiv ist provisorisch und ist extra für die Darbietungen in Frankreich gebildet worden. Laut einem Vertrag mit französischen Gewerkschaften werden 20 Meister der Volkskunst aus Kasachstan in Industriebetrieben, Krankenhäusern und Munizipalsälen der Gemeinde Paris auftreten", sagt der Gruppenleiter L. Martynow. „Zu dieser Gastspielreise luden wir die besten Darbieter und Laienkunstkollektive der Gewerkschaften ein. Großes Interesse der Besucher wird zweifellos die Darbietung des Familienensembles Temirbajew aus dem Sowchos ‚Kujuk', Gebiet Tschimkent, auslösen. Ihm gehören sechs Brüder an, die kasachische Musikinstrumente spielen und singen. Russische und kasachische Lieder, gesungen von der Lehrerin der Taldy-Kurganer Pädagogischen Hochschule Tatjana Poltawskaja, werden sich organisch in das Programm der Darbietungen einfügen. Wir hoffen, daß diese Begegnungen auf dem französischen Boden der Festigung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden unserer Länder dienen werden".

Unsere Bilder: Teilnehmerinnen des Volkstanzensembles „Ksyl-Shar" des Kulturhauses „S. M. Kirow" von Petropawlowsk (v.l.n.r.) Gulmira Mustafina, Laila Arykowa, Saule Achmetshanowa, Narsija Abiltajewa, Shana Temerbajewa und Botakos Aissina.

Die Lehrerin der Taldy-Kurganer Pädagogischen Hochschule Tatjana Poltawskaja wird in Frankreich russische und kasachische Lieder singen.

Fotos: KasTAG

Aus unserer Post

Mit seinem Beruf zufrieden

„Er ist stets mit Leib und Seele bei der Arbeit", so sagt man über Heinrich Kliebert aus dem Kolchos „Sarja", Gebiet Koktschetaw. Er ist noch relativ jung, steht aber schon in den Reihen der Schrittmacher der Kolchosproduktion.

Schon als Kind kam er oft zu seinem Vater gelaufen, der ebenfalls ein Mechanisator war. Der kleine Heinrich setzte sich ins Fahrerhaus des Traktors, wobei er den Vater über alles ihn Interessierende ausfragte.

Nach Absolvierung der Mittelschule erhielt er neben dem Schulzeugnis auch den Befähigungsnachweis als Mechanisator. Viele seiner Schulfreunde fuhren fort, manche — um zu studieren, andere — einfach in die Stadt. Heinrich blieb im Kolchos und arbeitete als Traktorist.

„Ich bin mit meinem Beruf zufrieden, wenn er auch bei weitem nicht leicht ist. Trotzdem beneide ich meine Freunde nicht, die ehemals das Dorf verlassen haben und jetzt in der Stadt leben", meint Heinrich Kliebert.

Iwan GALEZ
Gebiet Koktschetaw

Sie suchen nach einem Deutschlehrer

Meine Kinderjahre verbrachte ich im Städtchen Tobol, Gebiet Kustanai. Bis jetzt erinnere ich mich an jene kummerlosen Jahre, besonders an die Schule, in der ich lernte. Vor kurzem besuchte ich meine damaligen Schullehrer. Leider betrübte unser Treffen die Tatsache, daß es hier seit Beginn dieses Schuljahres keinen Deutschlehrer gibt, und die Kinder keinen Deutschunterricht mehr bekommen. Man richtete an mich mit der Bitte, einen Deutschlehrer für die Schule zu finden. Man verspricht ihm dort volle Auslastung und guten Empfang. Interessenten mögen sich an den Direktor der Schule Nr. 116 der Stadt Tobol, Rayon Taranowskoje, Gebiet Kustanai, wenden. Ich hoffe, daß die Kinder wieder einen Deutschlehrer bekommen.

Viktor PRETZER
Gebiet Kustanai

Ich möchte jeder Erstaufführung beiwohnen

Im Februar fand eine Woche des Deutschen Theaters in Temirtau statt. Wir Lehrer der deutschen Sprache und Studenten der Pädagogischen Hochschule Koktschetaw fuhren nach Temirtau, um dieser Woche beizuwohnen. Auf dem Spielplan der Woche standen Volksdramen, Komödien und Tragödien.

Die Aufführungen haben uns zutiefst beeindruckt. Im Laufe der Jahrhunderte hatte das deutsche Volk seine eigenen nationalen Sitten und Bräuche geschaffen. Aber hierzulande ist schon fast alles vergessen worden. Die Jugend weiß nichts mehr von diesen Bräuchen, kennt keine deutschen Lieder und Tänze, vergißt die deutsche Sprache. Das Deutsche Theater weckt das nationale Gefühl.

Wir erlebten auf der Bühne gleichsam die Wiedergeburt der deutschen Feste, Sitten und Bräuche. Der wunderschöne Gesang der Schauspieler ließ niemanden gleichgültig.

Einen großen Eindruck machte auf mich die Aufführung „Auf den Wellen der Jahrhunderte". Das Stück reißt den Zuschauer in seinen Bann. Man erlebt das tragische Schicksal des sowjetdeutschen Volks mit. Aber mit dem Ende der Vorstellung bin ich nicht zufrieden. Es wird der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets verlesen, daß es unter den Sowjetdeutschen Tausende Spione und Diversanten gebe, deshalb werden sie ausgesiedelt. Mit einigen Worten wird entgegnet, daß es nicht wahr sei, aber diese Worte überzeugen nicht. Man möchte schreien, weinen und durch Taten beweisen, daß das alles erlogen ist. Ich bin sehr froh, daß Viktor Heinz eine Fortsetzung schreiben wird.

Was das Spiel der Schauspieler angeht, so gibt es daran nichts auszusetzen. Die Schauspieler haben ihr ganzes Können aufgeboten, um die Inszenierung einwandfrei zu gestalten. Die Schauspieler P. Warkentin, W. Bolz, E. Schwarzkopf und M. Albert erfreuen durch ihre künstlerischen Leistungen.

Ich wäre froh, wenn ich mir jede Erstaufführung des Deutschen Theaters ansehen könnte, aber dazu gibt es ja keine Möglichkeit, es ist das einzige deutsche Theater in der Sowjetunion, und wir wohnen zu weit davon entfernt.

Nina ECK,
Oberlehrerin am Koktschetawer Pädagogischen Institut

Neues aus Wissenschaft und Technik

Elektromagnetische Wellen und das Wohlbefinden

Der Mitarbeiter des Instituts für Psychologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR A. Popow, Doktor der psychologischen Wissenschaften, hat vorgeschlagen, im Zusammenhang mit der Verringerung der Ozonschicht der Luftatmosphäre der ökologische Gefahr neu einzuschätzen. Der Wissenschaftler untersucht seit 30 Jahren, wie sich die elektromagnetischen Wellen und Felder auf den Menschen auswirken.

A. Popow betrachtet die Ionosphäre, einschließlich der Ozonschicht, und die Erdoberfläche als zwei stromleitende Sphären, zwischen denen die Luft ein Dielektrikum ist. Das heißt, daß der ganze Planet zusammen mit der Atmosphäre einen kugelförmigen Kondensator darstellt.

Der Wissenschaftler sagte in einem TASS-Gespräch: „Das menschliche Gehirn hat sich im Prozeß der Evolution an die von diesem natürlichen ‚Kondensator' erzeugten elektromagnetischen Wellen angepaßt und es gelernt, seine eigenen bioelektrischen Welle zu erzeugen, die ihrer Frequenz nach denen in der Natur sehr nahe sind. Im Prozeß der Zerstörung der Ozonschicht des Planeten jedoch, wird sich die Fläche eines der Belage des natürlichen ‚Kondensators' verändern, was aber bedeutet, daß sich auch das elektromagnetische Medium für alles lebendige verändern wird. Sobald die Frequenz der elektromagnetischen Felder die Grenzwerte der Anpassungsfähigkeit des Gehirns überschritten hat, ist eine Destabilisierung seiner Funktion möglich."

Das menschliche Gehirn ist in der Lage, seine Funktionen unter dem Einfluß äußerer elektromagnetischen Wellen mit einer Frequenz von 8 bis 13,5 Hertz aktiv wahrzunehmen. Unterhalb dieses Schwellenwertes ist eine Depression, eine Verlangsamung der Reaktion des Menschen und bei einer Frequenz bis 30 Hertz ein Zustand festzustellen, der einem epilepsischen Anfall nahekommt. Als eines der Mittel zum Schutz des Hirns gegen die elektromagnetischen Anomalien betrachtet der Wissenschaftler die Schaffung eines künstlichen elektromagnetischen Mediums durch „den Bau von leistungsstarken Generatoren, die ganze Städte „abschirmen" oder von Vorrichtungen vom Taschenformat, die der Mensch mit sich tragen kann."

Chefredakteur
Konstantin EHRLICH

Unsere Anschrift:
Kasachskaja SSR,
480044, Alma-Ata,
ul. M. Gorkogo, 50,
4-j etaж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat—33-34-37; Abteilungen:Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur—33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87;Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02;Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УГ01123 Заказ 12007.